

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Sonntag, den 23. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Soldatenspielererei oder Spitzelarbeit?

Durch WTB. wird gemeldet: Auf Grund des bei den Durchsuchungen nach dem Bestehen einer „Roten Armee“ am 19. d. M. in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Lünen bei Dortmund gefundenen Beweismaterials und der Geständnisse einzelner festgenommener ist, soweit die Ermittlungen bis jetzt ergeben haben, folgender Sachverhalt als feststehend zu erachten:

In Berlin besteht eine militärische Leitung der Roten Armee, welche von der politischen K.P.D. ins Leben gerufen ist und die übergeordnete Stelle für mehrere Kommandobehörden bildet. Eine dieser Kommandobehörden (Zentraloberleitung = Z.O.L.) befindet sich in Essen und ist wiederum die vorgelegte Stelle für vier Bezirksleitungen (B.L.), nämlich in Essen, Remscheid, Bielefeld, Kassel. Diese B.L. sind die Kommandostellen für die entsprechenden örtlichen Bezirke. Der Bezirk Essen ist seinerseits in drei Unterbezirke — Essen, Hamborn, Dortmund — gegliedert, und die Unterbezirke endlich zerfallen in Kreise mit Kreisstäben, die Kreise in örtliche Organisationen mit Ortsstäben. Neben den der Z.O.L. Essen unterstehenden Bezirken Essen, Remscheid, Bielefeld, Kassel besteht noch ein besonders organisierter Bezirk mit einer von Essen unabhängigen militärischen Oberleitung (M.O.L.) in Düsseldorf.

In der Gesamtorganisation ist seit Anfang Dezember 1920 in besonders verstärkter Weise gearbeitet worden.

Die Organisation hat durchaus militärischen Charakter. Die Rote Armee wird

unmittelbar von der K.P.D. organisiert.

Die K.P.D. betrachtet sich gewissermaßen als einen Staat im Kleinen mit Ressorts, wie Finanzwesen, Arbeitswesen, Sozialorganisationen, Militärwesen usw. Das Militärwesen teilt sich in die Militärpropaganda (M.P.) und die Militärabteilung (M.A.).

Die M.A. umfasst die eigene militärische Organisation, wie sie oben geschildert ist, und den Nachrichten dienst, der die Beobachtung und Feststellung der Stärke des Gegners zur Aufgabe hat und der besonders durch einen streng durchgeführten Kurierdienst der kommunistischen Jugendorganisationen versehen wird.

In der Militärabteilung

sind folgende bemerkenswerte Organisationsakten gefunden worden:
Alte: Feldgenarmeerie, Versperrungsstellen, Bekleidungsstellen, Nachrichtendienst, Verkehrswesen, Fabrikbereitschaften, Waffen- und Munitionsbeschaffung mit Listen über Waffenlager der Reaktionsäre und ausgefallenen Waffenbesitzern der Reaktionsäre.
Alte: Bezirkskommando, Rekrutendepot, Werbebureau, Böhning der Roten Armee, Spezialtruppen, Radfahrtruppen, Finanzwesen, Sanitätsdienst, Soldatenräte.

Alte: Gerichtskommission, Kassenbücher, Registraturen, Befehlsbuch, Generalstabkarten, Telegrammstempel für den Verkehr zwischen Zentrale Berlin und Düsseldorf, Korrespondenz zwischen Berlin und Düsseldorf, Organisationspläne.

Außerdem wurden ein Stempel „Militärische Oberleitung Düsseldorf Rote Armee“ mit Sternchen, eine Namenge Soldbücher und Stammtafelauszüge beschlagnahmt.

Die Stäbe selbst hatten eine Dezernats-Bearbeitung, wie sie früher in der Armee üblich war, so z. B. die Zentraloberleitung, ein Organisationsbureau, ein Operationsbureau, ein Nachrichtenbureau usw.

Die Sitzungen der Militär-Oberleitungen haben zum Teil in dem Bureau des kommunistischen Organs „Ruhr-Echo“ stattgefunden, so daß auch hieraus ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Partei und Kampforganisation zu erkennen ist.

An Beweismaterial ist außerdem eine überaus

große Anzahl von Mobilmachungsplänen,

Stempeln roter Formationen, stenographischen Berichten über militärische Sitzungen, Nachrichten über Stärke des inneren Gegners, der als „Feind“ bezeichnet wird, Meldungen der Unterführer an die Oberführer über Zahl der Waffen der Orts- und Kreisbehörden, über Waffenlager usw. gefunden.

Nach diesem Beweismaterial sind leichte und schwere Waffen, sowie sonstiges Kriegsgeschütz in erheblicher Menge vorhanden.

Aus einer Niederschrift ist zu erkennen, daß die bewaffnete Aktion im Anschluß an den hamborner Streik der Hüttenarbeiter, der zum Generalstreik propagiert werden sollte, geplant

war. Nach einer Aeußerung des politischen Leiters der Vereinigten kommunistischen Partei in Essen, Schönebeck, hat jedoch ein Eintreten in die Aktion auf Grund einer Anweisung der Berliner Zentralleitung nicht stattfinden können, weil diese eine Gesamtkaktion im ganzen Reich zur Zeit noch nicht für möglich hielt. Die Aktion sollte insolge dessen vorläufig auf 14 Tage verschoben werden.

Durch die Aufdeckung der „Roten Armee“ ist sie zunächst vereitelt worden.

Die Geschichte sieht zweifellos sehr gruselig aus, aber man wird doch einmal erst in Ruhe abwarten müssen, wieviel davon den Tatsachen entspricht und wieviel auf die übliche Spitzelphantasie zurückzuführen ist. Daß es bei den Kommunisten und namentlich im Rheinlande Leute gibt, die das Spiel mit dem Putschfeuer nicht lassen können, haben wir nie bezweifelt und bezweifeln wir auch jetzt nicht. Nur was den Umfang der Sache und die angebliche Verbindung mit der Gesamtpartei anbelangt, scheinen uns gewaltige Uebertreibungen sowohl in der Aufmachung wie im Inhalt der Meldung vorzuliegen. In der militärischen Verbrämung, in der Schaffung von Aufmarschplänen, Nachrichtenstellen, Stäben, Einteilungen usw. ähnelt die Geschichte ganz auffällig dem jüngst entlarvten Treiben der Waldenburger Dragesch. Aber damals hat sich kein Staatsanwalt und keine Behörde bemüht gesehen, durch WTB. ellenlange Nachrichten zu verbreiten, sondern die öffentliche Aufklärung hat man ganz still und fein der sozialdemokratischen Presse überlassen.

Im übrigen enthält die Nachricht aber zahlreiche innere Unwahrscheinlichkeiten. Wer wird z. B. glauben, daß kommunistische Arbeiter über ihre „militärischen Besprechungen“ stenographische Protokolle anfertigen? Hier scheint genau so ein blödsinniger Reinsfall vorzuliegen, wie er eben erst der „Roten Fahne“ mit ihrem Ludendorff-Escherich-Dokument unterlaufen ist. Das, was am allermeisten glaubhaft erscheint, ist die Mitteilung, daß die Berliner Zentrale die Essener Gesellschaft, deren Zusammenlegung wir auf 50 Proz. Phantasten und 50 Proz. Spitzel tariieren, sorgenvoll von ihren Plänen abgehalten hat. Wir werden im übrigen sehr bald die Probe aufs Exempel haben: Nach den Mitteilungen kennt nun die Behörde die geheimen Waffenlager, sie wird uns demnach wohl also mitteilen können, welche Vorräte an Waffen beschlagnahmt worden sind. Was hierbei zutage kommt, wird entscheidend für die Beurteilung sein, ob es sich um eine ernst zu nehmende Verschwörung oder um ein Gemisch von Spielererei und Spitzelerei gehandelt hat.

Wie zu erwarten war, haben die Enthüllungen der „Roten Fahne“ über angebliche Putschpläne der „Niederländischen Königs-partei“ eine Reihe von Ablehnungen hervorgerufen, die in diesem Falle den Schein der Wahrhaftigkeit für sich haben. Unter anderem läßt General Ludendorff durch die Telegraphenunion erklären, daß seine Unterschrift gefälscht sei und die ganze Veröffentlichung, soweit seine Person in Frage komme, auf freier Erfindung beruhe. Auch die „Berufliche Königspartei“ läßt erklären, daß sie mit der in der „Roten Fahne“ genannten „Niederländischen Königs-partei“ nichts zu tun habe. Die „B.N.P.“ stehe weder mit irgendeiner anderen Königspartei, noch mit irgendeinem der in der „Roten Fahne“ genannten Unterzeichner in Verbindung. Der Name „Niederländische Königs-partei“ sei ihr erst durch die Veröffentlichung der „Roten Fahne“ bekannt geworden, und es bestände begründete Zweifel, daß eine solche Partei überhaupt bestände.

Von „zuständiger Seite“ wird übrigens durch Wolff-Bureau mitgeteilt, daß die Angelegenheit einer genauen Nachprüfung unterzogen und das Ergebnis veröffentlicht werden sollte.

Preußenwahlen und Reichspolitik

Von Franz Krüger.

Im alten konservativ-monarchischen Deutschland befand sich das Reich in außerordentlich starker Abhängigkeit von den Bundesstaaten. Der aus Vertretern der einzelstaatlichen Regierungen zusammengesetzte Bundesrat stand als gleichberechtigter Gesetzgebungsfaktor neben dem Reichstag. Ohne seine Zustimmung konnte kein Gesetz in Kraft treten. Unzählige Beschlüsse des Reichstags sind so in dem unerlöschlichen Papierkorb des Bundesrats begraben worden.

Ein ganz besonders starken Einfluß übte aber der größte Bundesstaat Preußen auf die Reichsregierung und -politik aus. Preußen stellte zwar nur ein Drittel der gesamten Vertreter im Bundesrat, aber die Abhängigkeit der kleinen Bundesstaaten von Preußen war so groß, daß deren Vertreter fast stets nach der preussischen Pfeife tanzten. Und was Preußen im Bundesrat nicht durchsetzen konnte, erreichte es durch die Tatsache, daß die Reichsregierung eigentlich nur eine Filiale der preussischen Regierung war. Kamen doch die Reichsminister und die höheren Reichsbeamten fast ausnahmslos aus der preussischen konservativen Bürokratie. Daraus erklärt es sich auch, daß die Reichsregierung früher kein Gesetz dem Reichstage vorlegte, das nicht vorher die Zustimmung der preussischen Regierung gefunden hatte, wie sie vor Jahren offen im Reichstage zugab. Die preussische Regierung wurde also auf diesem Wege zum ersten und maßgebendsten Gesetzgebungsfaktor Deutschlands, und wo es Preußen nicht gelungen war, alle vernünftigen Bestimmungen aus einem Gesetz herauszubringen, trat dann die konservative Verwaltung Preußens in Tätigkeit, um durch die Art der Ausführung das Gesetz in sein Gegenteil zu verkehren.

Nach der Revolution ist das Verhältnis des Reiches zu Preußen auf eine wesentlich andere Grundlage gestellt. Die Gelegenheit zur Schaffung einer völlig einheitlichen Reichsrepublik ist zwar bei der Revolution verpaßt, nicht zuletzt durch die Schuld der Unabhängigen, die überall da, wo sie die Macht hatten (in Braunschweig, Bayern, Oldenburg usw.), „Staatspräsidenten“ einsetzten und ängstlich auf die Wahrung ihrer partikularistischen „Rechte“ bedacht waren. Aber die republikanische Reichsverfassung hat uns diesem Ziel doch einen erheblichen Schritt näher gebracht und die Macht des Reiches gegenüber den einzelnen Ländern bedeutend gehärtet. Das Reich ist heute nicht mehr in seinen Steuern so vollständig von den Ländern abhängig wie vor dem Kriege, sondern hat im Gegenteil die Steuerhoheit an sich gezogen. Die Eisenbahnen sind von allen Einzelstaaten auf das Reich übergegangen, allerdings erst, nachdem sie Milliardenbesitz machten. Auf zahlreichen anderen Gebieten, wie z. B. der Schule, hat das Reich sich ebenfalls die gesetzliche Regelung der grundsätzlichen Fragen vorbehalten. Der an die Stelle des Bundesrats getretene Reichsrat, der auch aus Vertretern der einzelstaatlichen Regierungen besteht, hat nicht entfernt die weitgehenden Befugnisse wie der frühere Bundesrat, und auch gegen seinen Willen kann, eventuell durch Volksabstimmung, ein Beschluß des Reichstags gesetzliche Kraft erhalten.

Es ist ganz erklärlich, daß diese Entwicklung nicht nach dem Geschmack der reaktionären Parteien ist, am allerwenigsten nach ihrem Geschmack in der heutigen Zeit, wo sie unter Anwendung auch der schäblichsten politischen Mittel daran arbeiten, die verlorengegangene frühere Macht wiederzugewinnen. Da sie diese Macht nicht auf dem Boden der demokratischen Staatsordnung wiederfinden können, weil die Massen des arbeitenden Volkes ihnen trotz aller demagogischen Kampfesweise nicht folgen werden, so ist ihr Bestreben darauf gerichtet, dem Auswirken der Demokratie möglichst viel Hemmnisse in den Weg zu legen. Daß auch eine demokratische Ordnung im Reich durch eine reaktionäre Politik einzelner Länder in hohem Maße durchkreuzt werden könnte, beweisen die Verhältnisse vor der Revolution und jetzt. Trotzdem wir früher im Reich das allgemeine Wahlrecht und eine wesentlich mehr nach linksgerichtete Zusammensetzung des Reichstages hatten, als sie etwa bei dem preussischen, bayerischen oder sächsischen Landtag vorhanden war, wurde doch infolge des ungeheuren Einflusses der Einzelstaaten auch im Reich eine Politik getrieben, die viel mehr den politischen Machtverhältnissen der Einzelstaaten, als denen des Reiches Rechnung trug.

Aber auch in der Gegenwart haben wir derartige Beweise zur Genüge. Wir brauchen nur hinweisen auf die Verhältnisse in Bayern, wo eine rein bürgerlich-reaktionäre Regierung, gestützt auf ein ebenfalsches Parlament, nicht nur in ihren Landesangelegenheiten die Interessen der breiten Volksmassen völlig unberücksichtigt läßt, sondern auch in den wichtigsten Lebensfragen des Reiches die Reichspolitik durchkreuzt. Trotz der bestehenden Verpflichtungen des Reiches, deren Nichterfüllung die aller schlimmsten Folgen für das deutsche Volk haben kann, weigert sich Bayern, die Entwaffnung seiner Einwohnerwehren und der Dragesch durchzuführen, und gestattet den monarchistischen Kreisen (Königspartei) die dreifache Propaganda für die Wiederherstellung der Monarchie. Daß auch die Bestrebungen im Rheinland, in Ostpreußen, Oberschlesien und Hannover auf Loslösung dieser Provinzen von Preußen und Schaffung selbständiger Staaten aus ihnen ausschließlich von den politisch rechtsstehenden Parteien und dem reaktionären Klerikalismus

Artillerie gegen Soldatensiedler!

Der frühere Truppenübungsplatz Cocksiedler Lager in Schleswig-Holstein ist seit langem seinem früheren Zwecke entzogen worden und gehört nicht mehr zu den Truppenübungsplätzen des Reichsheeres. Sein Gebiet dient der Soldatensiedlung. Die beiden Arbeitsgemeinschaften Ridders und Büden sind mit ihrem Siedlungswert bereits häufig vorangekommen. Mitte Dezember erschien plötzlich der Kommandeur der 3heuer Artillerie mit seiner Truppe zur Abhaltung von Scharfschießen. Der Soldatensiedler bemächtigte sich eine heftige Erregung. Sie glaubten sich am Ziele ihrer Hoffnungen und müssen nun plötzlich erleben, daß durch rücksichtsloses Vorgehen eines Artilleriekommandeurs ihr Werk vernichtet werden soll.

Das Preussische Landwirtschaftsministerium und das Reichswehrministerium verlangen vom Reichswehrministerium den sofortigen Befehl zur Einstellung der Schießvorbereitungen. Was geschah? Es wurde dennoch scharf geschossen! Jede wirtschaftliche Arbeit der Siedler wurde unmöglich gemacht. Die Polizei wurde zum Einschreiten gegen den schleichwülgigen Kommandeur veranlaßt, weil das Reichswehrministerium anscheinend versagt hatte.

Der Herr der Geschütze schickte aber die eingreifenden Landjäger wieder nach Hause. Er war ja im Besitz der durchschlagenden Gründe. Das Reichswehrministerium hat bisher die Schießereien auf dem Gelände der Soldatensiedlungen nicht verhindert; es werden sogar Vorbereitungen zu neuen größeren Übungen getroffen.

Die Degeß in Schlesien ist noch verboten! In rechtsstehenden Blättern wurde triumphierend verkündet, daß das Verbot der Dragesch in Schlesien aufgehoben worden sei. Die Bezirksleitung des Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlesier, der korporatives Mitglied der Organisation Eicherich-München E. V. R. hatte nämlich gegen das vom Breslauer Polizeipräsidenten Liebermann erlassene Verbot der Betätigung Klage erhoben. Der Breslauer Bezirksaus-schuss hat darauf das Verbot aufgehoben. Die Aufhebung ist aber, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, lediglich aus dem formalen Grunde aufgehoben worden, weil die Verfügung des Polizeipräsidenten nicht sämtlichen Mitgliedern des Verbandes zugestellt worden ist. Gegen die Entscheidung des Bezirksaus-schusses wird Berufung eingelegt; solange ist das Urteil nicht rechts-träftig. Die Meldung, daß die Tätigkeit der Dragesch in Schlesien schon jetzt frei sei, ist falsch. Solange nicht eine rechtskräftige Entscheidung vorliegt, bleibt es bei dem Verbot der weiteren Betätigung des Heimatschutzverbandes.

ausgehen, und daß diese Bestrebungen wesentlich davon geleitet sind, daß diese Provinzen als selbständige Staaten im Reiche wesentliche Stützpunkte der reaktionären und monarchistischen Bestrebungen sein würden, ist allgemein bekannt.

Nachdem es den bürgerlichen Parteien gelungen ist, nach den letzten Reichstagswahlen eine rein bürgerliche, stark nach rechts neigende Regierung im Reich zustande zu bringen, die sich zwar indirekt mit auf die Sozialdemokratie stützt, aber weder direkt noch indirekt große Rücksichten auf die Forderungen der Sozialdemokratie nimmt, haben die bürgerlichen Parteien das lebhafteste Interesse daran, dieser Regierung auch in den Einzelstaaten den notwendigen Rückhalt zu geben. Nachdem der zweitgrößte Bundesstaat, Bayern, auf diesem Wege bereits weit vorangeschritten ist, ist Preußen jetzt die nächste Etappe in dem Kampf der Rechtsparteien um die Wiedererlangung der politischen Macht.

Eine bürgerliche Mehrheit und eine Regierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie, aber unter Einschluß der Deutschen Volkspartei und vielleicht sogar der Deutschnationalen in Preußen würde nicht nur jede Demokratisierung der Verwaltung und der Rechtspflege unmöglich machen, sondern sie würde auch darüber hinaus auf die Reichspolitik den unheilvollsten Einfluß ausüben. Die Steuererhebung unterliegt heute im wesentlichen der Gewalt des Reiches. Schon im Programm der Kapp-Regierung war die Wiederherstellung der Steuerhoheit der Einzelstaaten als einer der ersten Punkte aufgestellt. Daß die Rechtsparteien, wenn sie zur Macht kommen, diesen Grundgedanken durchführen und sich dadurch einen größeren Schutz vor Besteuerung des Besitzes und der hohen Einkommen schaffen werden, ist klar. Die Grundgesetze der Schule sollen vom Reich gemacht werden. Sie werden um so notwendiger auf die Wünsche der breiten Volksmassen Rücksicht nehmen und die Schulen in um so stärkerem Maße der Kirche und dem Nationalismus ausliefern, je mehr nicht nur im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten, insbesondere in Preußen die bürgerlichen Parteien Trumpf sind. Zu den nächsten Aufgaben der Reichspolitik gehört die Schaffung eines neuen Arbeiterrechts und eine umfangreichere Form der Sozialversicherung. Die Gefahr, daß die heutige bürgerliche Mehrheit im Reichstag sich zu durchaus arbeitfeindlichen Gesetzen auf diesem Gebiet zusammenschließt, ist sehr groß. Sie ist um so größer, je weniger Widerstand eine solche Politik bei den einzelstaatlichen Regierungen und Parlamenten finden würde, und dieser Widerstand würde um so geringer sein, je mehr dort die Sozialdemokratie von einem entscheidenden Einfluß ausgeschaltet werden kann.

Immer mehr bricht sich innerhalb der Arbeiterschaft die Erkenntnis Bahn, daß es in der bisherigen Art, Reichspolitik zu treiben, nicht weitergehen kann, und daß es für die Sozialdemokratie immer unmöglicher wird, auch nur durch wohlwollende Neutralität die Politik einer Regierung zu unterstützen, die in wichtigen Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung auch die mindeste Rücksichtnahme auf ihre Interessen verlagert. Um so mehr haben wir aber Veranlassung, die Machtpositionen, die wir in den einzelnen Ländern haben (reinsozialistische Regierungen in Sachsen und Braunschweig, Beteiligung der Sozialdemokratie in Thüringen, Mecklenburg usw.), insbesondere aber die bisherige Teilnahme an der Regierung in Preußen) festzuhalten. Das darf natürlich nicht bedeuten, daß wir in Preußen Regierungspartei um jeden Preis bleiben wollen, sondern das kann nur bedeuten, daß wir uns in Preußen durch die nächsten Wahlen eine so starke politische Stellung schaffen wollen, daß wir, ob mit oder ohne bürgerliche Parteien, einen bestimmenden Einfluß auf die preussische Politik und Verwaltung und darüber hinaus auf die Reichspolitik ausüben können.

Der auswärtige Ausschuh des Reichstags trat Sonnabend zu einer längeren Sitzung zusammen. Gegenstand der Tagesordnung waren Fragen des Auswärtigen Amtes. Die Verhandlungen waren vertraulich.

Tragikomödien am Telephon.

Zwei Mono-Szenen.

Die Doppelszene: Ein junger Mensch, schmal, dürrig und verhungert, in der Zelle eines Telephon-Automaten; von der Decke brennt grell eine elektrische Glühbirne. — Irgendein Kommerzienrat am Schreibtisch seiner Berliner Tiergartenwohnung.

Der junge Mensch (mit heftigem Herz klopfen und ein wenig Klottern): „Ich bin so frei, Herr Kommerzienrat, von Ihrer gütigen Erlaubnis Gebrauch zu machen und — und, Sie ergebenst zu bitten — wegen der Anstellung — wenn Herr Kommerzienrat sich gütigst der Zusage erinnern . . .“ (Seine Stimme wird ganz trocken, versendet in Heiserkeit, er sagt noch etwas, fühlt aber ganz deutlich, daß seine Worte im Geräusch des Apparates erstickt.)

Der Herr Kommerzienrat (mit einem leeren Blick hinaus auf den Park; sehr nervös): „Ja, ja — aber ich habe doch momentan gar keine Zeit — rufen Sie gelegentlich vielleicht wieder an!“ (Er hängt mit einer unwilligen Gebärde ein.)

Der junge Mann (mit lieberhafter Röte auf den Wangen und glänzenden Augen, die nichts sehen): „Annen Dank, Herr Kommerzienrat — möchte gütigst fragen — möchte fragen, wann Herr Kommerzienrat gütigst gestatten, daß ich wieder anrufe, damit ich nicht ungelogen . . .“ (Seine flackernde Stimme erlischt. Er lauscht in den Apparat hinein. Nichts rührt sich; nur die undefinierbare Brandung des Großstadtmeeres drauß, und ganz fremde Stimmen von irgendwoher sprechen teilnahmslos über ihn hinweg. Plötzlich sieht er sich selbst, überhört deutlich, mit dem erstarrten demüthigen Bächeln, das gar nicht aus den Jägen weichen will, sieht sich, wie er dasteht, den Kopf nach vorn geneigt, als stünde der Herr Kommerzienrat selbsthaftig vor ihm. Und sieht die Worte, die er gesprochen hat, mit rundem Schaventränen an sich vorüberfließen. Wie beschämend lächerlich das war, in den Apparat hineinzureden, wenn der andere indessen still eingeklinkt hatte. Und noch immer lächelt er tief demüthig, in gedrückter, unterwürfiger Haltung und mit einem leeren brennenden Blick, der sich in die Polsterung der Zellenwand bohrt. Einen Augenblick hat er das Gefühl, in einer Summizelle zu sein; und eine wahnsinnige Angst, ewig in dieser Stellung verharren zu müssen, schneidet ihm die Kehle zu.)

Das Fräulein auf dem Amt: „Sprechen Sie noch?“ — Da hängt er ein, geht hinaus und hat einen spulhaften, grauenvollen Begriff von dem, was Leben ist. . .

Die Doppelszene: Das Boudoir einer schönen Frau. — Des Arbeitszimmers eines vom Leben und der Liebe zermürdeten Mannes. Der Mann (bebend vor Freude): „Also endlich, Süßeste! Keine andere Möglichkeit hast du mir gelassen. Du weißt, daß ich nur höchst ungern telephonisch mit dir spreche. Man hat ja immer das Gefühl, von tausend Ohren belauscht zu werden. Aber es blieb mir

Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 22. Januar. (W.T.B.) Im Reichspostministerium wurde gestern und heute mit dessen Verkehrsbeirat unter dem Vorsitz des Reichspostministers der notwendig gewordene vorläufige Entwurf eines neuen Post- und Telegraphengebührengesetzes durchberaten.

Nach diesem dem Reichsrat und dem Reichstag vorzulegenden Entwurf beabsichtigt der Reichspostminister folgende neue Gebührensätze vorzuschlagen: für Briefe bis 20 Gramm 60 Pf., über 20 bis 250 Gramm 1,20 M., für Postkarten 40 Pf., für Drucksachen bis 20 Gramm 20 Pf., über 20 bis 100 Gramm 40 Pf., über 100 bis 250 Gramm 60 Pf., über 250 bis 500 Gramm 80 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1 M.; für Geschäftspapiere (ebenso wie für Absendungen) bis 250 Gramm 60 Pf., über 250 bis 500 Gramm 80 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1 M.; für Warenproben bis 250 Gramm 60 Pf., über 250 bis 500 Gramm 80 Pf., für Päckchen (bis 1 Kilogramm) 2 M.; für Pakete in der Nahzone bis 5 Kilogramm 3 M., über 5 bis 10 Kilogramm 6 M., über 10 bis 15 Kilogramm 12 M., über 15 bis 20 Kilogramm 18 M.; in der Fernzone dementsprechend 4, 8, 16, 24 M.

Beabsichtigt ist ferner die Einführung einer Mindest-Jahresgebühr im Zeitungsverband von 1,80 M. für die Jahresnummer sowie die künftige Erstattung der Post, wenn sie die Verpackung der Zeitungen an Stelle des Verkäufers besorgt, hieraus erwachsenden Selbstkosten. Hierzu kommt die Erhöhung der Einschreibgebühr auf 1 M., die Einführung einer vom Empfänger zu entrichtenden Gebühr von 50 Pf. für die zweite Vorgegange von Postaufträgen und Nachnahmen, wenn der Empfänger Frist und eine zweite Vorgegange verlangt hat, ferner die Erhöhung der Eilbestellgebühr für Briefe, im Orts- bzw. Landbestellbezirk auf 1,50 M. und 3 M. sowie für Pakete auf 2,50 M. bzw. 5 M.; ferner beim Verkauf der omtlich herausgegebenen Postkarten, Postanweisungen und Kartenbriefe die Erhebung eines Zuschlages in Höhe der Selbstkosten für das Papier.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Postgesetzes sieht vor die Festsetzung der Zahlkartengebühr auf 25 Pf. bei Beträgen bis 50 M., 50 Pf. bei Beträgen über 50 bis 500 M., 1 M. bei Beträgen über 500 bis 1000 M. und 2 M. bei Beträgen über 1000 M. ferner bei den baren Auszahlungen durch Postcheck die Erhöhung der festen Gebühr von 10 Pf. auf 30 Pf. Nach einem weiteren Gesetzesentwurf über die Änderung der Telegraphengebühren soll die Vorgegange für Telegramme künftig betragen bei gewöhnlichen Telegrammen 30 Pf., mindestens 3 M., bei Preselegrammen die Hälfte dieser Sätze.

Sämtliche Vorlagen — eine weitere Gesetzesvorlage, betreffend die Änderung der Fernspreckgebühren befindet sich noch in der Vorbereitung — werden nunmehr dem Reichsrat zugehen nebst einer Uebersicht der vom Postbeirat angeregten Änderungen. Von diesen Änderungen ist der Reichspostminister bereit, dem Reichsrat die Einführung einer Gewichtsklasse beim Brieftarif für Briefe über 20 bis 100 Gramm zum Gebührensatz von 80 Pf. zu empfehlen, ferner bei den Drucksachen die Ermäßigung der beiden ersten Gebührensätze von 20 und 40 Pf. auf 15 und 30 Pf., sowie die Herabsetzung der Einschreibgebühr auf 80 Pf., dies im Hinblick darauf, daß hierdurch das finanzielle Ziel der Vorlage voraussichtlich nicht in Frage gestellt wird.

In der Begründung heißt es: Bei der neuen Post- und Telegraphengebührengesetzgebung handelt es sich um eine finanzpolitische Maßnahme, die, ebenso wie auch bei der Eisenbahnerverwaltung, notwendig geworden ist, um das vorhandene große und durch die vom Reichstag genehmigten neuen Personalausgaben noch gesteigerte Defizit zu verringern.

Die Not des Vogtlandes.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung?

Die bereits seit einiger Zeit in Aussicht genommene Besprechung von Vertretern der sächsischen Regierung, der Stadt Plauen und der Amtshauptmannschaften Plauen und Auerbach mit dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister über Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitsbeschaffung hat am 22. Januar im Reichstagsgebäude stattgefunden. Im Verlauf der mehrstündigen Aussprache, bei der die sächsischen Vertreter die besondere Noilage des Vogtlandes eingehend schilderten, sagte der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister zu, sich beim Reichskabinett für eine Erhöhung der jetzt geltenden Unterstützungssätze für Erwerbslose auf Grund

ja nichts anderes übrig. Meine Briefe kamen uneröffnet zurück. Es war zum Verzweifeln. Ich bin ja so glücklich, daß ich dich endlich erreicht habe. Was habe ich gelitten. Aber, nicht wahr, jetzt ist alles wieder gut, es war eine Laune, nicht wahr, eine kurze, vorübergehende Laune.“

Die Frau (scharf und kühl): „Was wollen Sie eigentlich noch? Bemühen Sie sich nicht; es ist alles vergeblich. Sie langweilen mich nur.“

Der Mann (Angstschweiß auf der Stirn): „Kind — um des Himmels Willen — was ist zwischen uns getreten? — Ich fasse das alles nicht — gehe jetzt nicht fort — ich bitte dich — höre mich an. Du mußt mich anhören — ein Mißverständnis, eine schreckliche Verleumdung — irgend etwas Furchtbares — hallo — hörst du mich noch — wer ist denn, verflucht noch einmal, in der Wohnung — es ist ja nicht möglich, daß du so plötzlich — so plötzlich — wir wollen ganz ruhig reden, hör mich an — wir wollen uns aussprechen — hallo, bist du noch da? Alles wird sich klären . . .“

Die Frau (mit ihrem kleinen Fuß wippend, entfernt und nähert den Hörer spielend ihrem Ohr und vergnügt sich dabei, das dünne Stimmchen der Rembran in die Luft schwirren zu lassen; dann legt sie lachend das Hörrohr auf die Platte des Kohlröhrens und blüht belustigt auf die summende, surrende, leise und lässlich zirpende Muschel. Leise hört die Muschel in die Beere des Zimmers, Worte steigen aus der schwirrenden Rembran auf, suchen ein Ohr, eine unerhörte Musik, und verklängen im Zimmer. Eine Kette von Worten klirrt hervor, wie eine feine Rauchfäule, die nuchlos in der Luft zerrinnt. . . Jetzt, jetzt vielleicht fällt das entscheidende Wort, ein Wort, das Steine rühren würde, ein Wort, wie ein Gebet. Aber das Hörrohr liegt auf dem Tischchen, und auch dieses Wort summt und zirpt und verfliegt irgendwo im Raum. . . H. R.

Die sterbende Operette. Der Operette, die lange Zeit das große Theatergeschäft war, geht es nicht mehr gut. Die großen Serienerfolge der früheren Jahre bleiben aus. Das macht sich besonders in Berlin fühlbar. In dieser Spielzeit haben fast alle Berliner Operettenbühnen die von ihnen im Herbst herausgebrachte Operette durch eine andere Komödie ersetzen müssen. Direktor Charlo von der Komischen Oper will sein Haus schon zu Ostern hergeben. Max Epstein untersucht in einem Aufsatz seiner „Freien Deutschen Bühne“ die Ursachen der sinkenden Operettenkonjunktur. Er stellt fest, daß sich die alte Operette der Wiener Gattung überhaupt auf einer abwärts leitenden Linie befindet. Nur durch ungeheure Anstrengungen an Ausstattung und Darstellung ist es noch möglich, das ganze Genre am Leben zu erhalten und wenigstens für einige Monate hohe Einnahmen zu erzielen. Neue Formen werden gefunden werden müssen, wenn nicht die Gattung der leichten musikalischen Unterhaltung überhaupt zugrunde gehen soll. Es scheint eine Reizung zur Reue, zu einer mehr geistreichen Formung des Singspiels mit geringeren Mitteln an ausführendem Personal hochkommen zu können. Direktor James Klein, der an Stelle von Charlo in die Berliner Komische Oper einzuziehen wird, will denn auch das Haus in eine Revue-Bühne umwandeln.

von § 9 Abs. 6 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge einzu-sehen. Das Reichskabinett wird sich nunmehr über die Bewilligung der Mittel schlüssig zu machen haben.

Der Kampf um die Beamtenräte.

Wie wir zuverlässig erfahren, hat sich das sächsische Kabinett einstimmig für die Beamtenräte entschieden. Das gleiche dürfte in den nächsten Tagen seitens des preussischen Kabinetts erfolgen. Auch Württemberg hat sich nunmehr auf den Gedanken der Beamtenräte eingestellt. Es ist demnach zu erwarten, daß auch der Reichsrat sich für die Beamtenräte — im Gegensatz zu dem Kaiser-Projekt der Beamtenkammern — entscheiden wird.

Severing über die Preußenwahlen.

Am Freitag, den 21. Januar, sprach der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, unter stürmischen Beifall vor mehr als 3000 Menschen in der großen Stadthalle in Kassel. Er ging in seiner Rede aus von dem Verhältnis der preussischen Regierung zur Reichsregierung und stellte fest, daß die bestehenden Reibungen mit in der Laizache begründet seien, daß die Reichsgewalt wesentlich eine Legislative sei, die preussische Staatsgewalt aber wesentlich eine Exekutive sei. Wir wollen Preußen nicht zerlegen, sondern nur ein einheitliches kräftiges Preußen in den deutschen Einheitsstaat überführen. Preußen ist heute

der Sturmbock gegen die herausziehende Reaktion.

Das Reich muß sich weiter nach links orientieren. Die Revolution ist nicht „gemacht“ worden, sondern hat sich mit Notwendigkeit aus den Verhältnissen heraus entwickelt. Wesentliche Schuld daran tragen Wilson und Ludendorff. Die Männer, die durch die Revolution auf die höchsten Posten berufen worden sind, haben ihr Bestes geleistet. Was verümt ist, muß nachgeholt werden. „Geben Sie“, fuhr Severing fort, „der künftigen preussischen Regierung am 20. Februar Vollmacht, das Veräumte nachzuholen!“

Die Erneuerung der Justiz ist ein Hauptfordernis. Die Landwirtschaftspolitik des Ministers Genossen Otto Braun findet die volle Unterstützung der kleinen Landwirte und muß fortgesetzt werden. Wir wenden uns in der Schulpolitik gegen die, welche unter der Bezeichnung Beamte Geschichtsflitterung treiben. Wir wünschen, daß künftighin Beamte, Arbeiter und Angestellte nicht mehr in Klassen getrennt sind. Die preussische Staatsregierung wird am Montag ihren Vertreter im Reichsrat instruieren, die Vorlage des Beamtenrätegesetzes beim Reich zu verlangen. Der Minister kam dann ausführlich auf die

Selbstschußverbände

zu sprechen und führte aus: Der Staat hat die Pflicht, Leben und Gesundheit seiner Bürger zu schützen, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu erhalten und eine starke Polizei dazu aufzustellen. Der Staat hat die Verpflichtung, die Anerkennung dieser Grundgedanke von allen Staatsbürgern zu fordern. Jeder Selbstschuß ist Täuschung, er birgt inner- und außenpolitische Gefahren in sich. Es wird gegen alle die eingeschritten werden, die gegen das Selbstschußverbot der preussischen Regierung handeln. Wenn solche Selbstschußverbände keine Waffen haben wollen, so erscheint es fraglich, wie sie den Selbstschuß handhaben wollen. Die Polizei hat die Verpflichtung, bei jedem Verdacht einzugreifen, auch wenn der Staatsanwalt bei einer Untersuchung zu einer Freisprechung kommt. Das gegenseitige Mißtrauen kann nicht mit Waffen ausgetragen werden, sondern nur in politischen Erörterungen.

Das Verarmungsrecht in Bayern. In der Antwort der bayerischen Regierung auf eine im Landtage eingebrachte Anfrage über die Handhabung des Verarmungsrechts durch die bayerischen Staatskommissare wird erklärt, daß eine Verschärfung der bisherigen Bestimmungen weder beabsichtigt, noch erwirkt werde. Die Bekanntmachung der Staatskommissare sei nur ein Kommenar zu der Bekanntmachung vom 28. November. Als hübsche Illustration zu der Verarmungsfreiheit in Bayern wird mitgeteilt, daß dem Wiener Sozialisten Friedrich Adler ein zweites Mal für das Auftreten in einer geschlossenen Versammlung der U.S.P. von der Münchener Polizeidirektion der Aufenthalt in München verweigert wurde.

Auflösung der britischen Militärmission? Wie die „Dena“ von unrichtiger Seite erfährt, wird die britische Militärmission unter General Malcolm Ende März d. J. aufgelöst werden.

Gastspiel Michael Bohnen. Nach Braun spielte Schühendorf, nach Schühendorf Bohnen den Blaubart; das ist eine einseitige Entwicklungslinie von intelligenten Sängern über den schönen Sänger zum persönlichen Spieler. So ist die Rolle sicher gemeint; Bohnen aber vernimmt den Gesang mehr, als der Rolle gut tut und macht die geistvolle Partitur sich und seinem Spielwille völlig untertan. Auf der Nadelspitze dialektischer Kunstfertigkeit balanciert sein Spiel und bleibt doch fest geprägt wie in Bronze. Die türkische Weichheit, die der liebende Gatte und selbst der Luftmörder Blaubart haben muß, verpufft in einer allzu stumpfen Boh-Cantilene. Bohnen hat die Dämonie des Aufstrebens, des Wüdes, er hat eine Suggestion des besessenen Despoten, nicht aber die mächtigere Größe des Orzechnetzen, des Defadenten. So bleibt selbst in manchen karrten Geste der hochgeworfenen Arme und des geistvollen Lächelns ein Rest unerlebten Rimentums zurück. Die Wiederkehr dieses starken Mannes zur Bühne ist Sensation und Freude zugleich. Er wandte sich gefanglich zurück, und wir sind um ein Erlebnis reicher. R. S.

Theater. Im Deutschen Opernhaus wiederholt Marie Jeriza ihr Gastspiel als Tosca bereits am Sonntag, den 30. Januar.

Das Apollo-Theater wird von Februar an ein großes Ausstattungsstück mit Ballet geben: „Die Liebe der Rabane Dubarry“. Die Dubarry wird dargestellt durch die Sahorei. Sie bezieht, wie rellamendabel mitgeteilt wird, eine Monatsgage von 60 000 M. Aus Liebe zu Deutschland und Beifall hat sie erklärt, sich mit dieser Summe bescheiden zu wollen. (Ist das nicht rührend?)

Russl. Montag, den 24. 8 Uhr, findet in der Ever-Buchhandlung (Anseherstr. 54) ein Klavierabend von Marie Zweig statt. — Die Niederländische Musikvereinigung gibt am 24. Febr. in der Philharmonie ihr erstes Konzert unter Mitwirkung der Kammermusikvereinigung der Staatsoper. Eintrittskarten zu ermäßigtem Preis bei Hofsch, Engelauer 15.

Vorträge. Im Wissenschaftlichen Verein spricht Wittmoach, den 26. Geograph. 34-36, 8 Uhr, Dr. v. Weid über „Aufgaben der neuen Malerei und Plastik“. Einlaßkarten ebendort.

Kunstausst. Die staatliche Leihbibliothek, die bisher fast nur für die Aufnahme von Archivalien und Manuskripten diente, ist in der Bibliothek des Kunstgewerbemuseums 200 Aufnahmen nach deutschen Bildwerken des Kaiser-Friedrich-Museums aus. Die großformatigen Bilder zeigen eine hohe Vollendung der Arbeitsmethoden. — In München wird eine große Defregger-Ausstellung vorbereitet, die auch in Berlin, Dresden sowie in Innsbruck und Bozen gezeigt werden soll.

Darmstadt gegen die französische Kunst. Die Stadt Darmstadt will ihre häßlichen Ausstellungsräume nicht hergeben, die für eine Ausstellung französischer Kunst von der Darmstädter Sektion beansprucht wurden. Da die gute Stadt Darmstadt die französische Kunst doch nicht aus Deutschland verdrängen kann und (unter uns gesagt) sie auch gar nicht zu fürchten braucht, sollte sie schleunigst beibringen. Schon am nicht in den Verdacht zu kommen, daß dort ebenfalls die kleinsten Chauvinisten am Werke sind — wie leider auch jenseits der Bogen.

Kammelmusikanten in London. Im belebtesten Teile Londons, in Regentstreet, sind bei Grabungen Knochen gefunden worden, die von einem Kammel herühren. Das Tier, dessen Lebersteine hier aus Licht traten, ist vor vielen tausend Jahren über die Straße des heutigen Londoner Welt-End geschritten. Vielleicht wurden aber auch diese Knochen an die Fundstelle geführt, denn hier hat einmal das Fließbett eines mächtigen wassergeschichtlichen Flusses gelegen.

„Verbrecherkönig“

In seiner ungewöhnlichen Ansprache an die Geschworenen hat Emil Strauß an die Tiefe eines sozialen Problems gepocht, das weit über das Einzelschicksal hinausreicht.

Der Staatsanwalt hatte leicht davon sprechen, daß der in Ketten Mirrende Angeklagte nur Stimmungsmache betreiben wolle.

Und doch war in diesem Augenblick der Angeklagte zum Ankläger und derselbe Staat, dessen Anwalt als Kläger auftrat, zum Angeklagten geworden.

Man hat im Gerichtsaal auf die außerordentliche Veranlagung dieses Mannes hingewiesen. Er hat trotz der jahrelangen Hoffi, die schon manchen geistig und seelisch geknickt hat, seine Kenntnisse geradezu erstaunlich vervollkommen.

Was der Fall Strauß in diesen Tagen blühartig beleuchtete, ist nicht erst eine Frage der letzten Vergangenheit und der trüben Gegenwart.

war erlaubt und brachte Kommerziantstille und ehren ein. Über ein Hungernder, der mehr als einen „Rundraub“ beging, kam ins Zucht- oder Arbeitshaus.

Kam? Ist das Strafrecht heute geändert, oder die herrschende Auffassung von der Heiligkeit des Eigentums? Den Schieberhofrat Rosenthal aus Dresden sucht man heute noch vergebens, die Kriegs- und Revolutionsgewinnler führen heute noch ihr lüppiges Leben — und Heiliger bemüht sich im Reichstag nicht ohne Erfolg, sie von den Steuern zu befreien.

Der Fall Strauß ist nur ein Ausschnitt aus dem sozialen Bilde der Gegenwart. Man kann ihm Ausschnitte ähnlicher Art an die

Beante und Angestellte der Reichs-, Staats- und Kommunal-Verörden: Zwei öffentliche Versammlungen Tagesordnung: „Die Beamten und die Landtagswahlen!“

Montag, den 24. Januar, abends 7 Uhr, im „Nationalhof“, Bülowstraße 37. Referent: Legationsrat Dr. Jeschlin. Dienstag, den 25. Januar, abends 7 Uhr, in der Schulaula Christburger Str. 14. Referent: Dr. Cassau, Referent im Reichswirtschaftsministerium.

Große öffentliche Frauen-Versammlung Montag, den 24. d. Mt., abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Breitenhagener Str. 58. Tagesordnung: „Die Landtagswahlen und die Frauen“. Referent: Genosse Nordmann.

Selbst sehen, ohne doch das Gesamtbild herzustellen. Wer hat nicht, als er die Ansprache des Emil Strauß an die Geschworenen las, unwillkürlich an Wilhelm Bogt gedacht, den Schuhmacher, den die deutsche Justiz und die Polizeiaufsicht vom Zuchthaus auf die Landstraße und wieder zurück hefte, bis er schließlich den Hufarenstreich von Kopenick boging, der ihn für alle Zeit berühmt machte und ihn von weiterer Verfolgung befreite?

Heute sind Proletarier Bürgermeister, Landräte, Oberpräsidenten, Minister, Reichskanzler, wenn es sein muß. Die Revolution hat auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts neue Normen geschaffen.

Das Strafrecht ist noch nicht geändert. Es ist immer noch hauptsächlich eingestellt auf den Schutz des privaten Eigentums und auf die kriminalistische Beurteilung der „Verbrecher“.

Man sollte aber nicht mehr hypnotisiert auf die alleinseligmachende Gitterzelle starren. Nur wer selbst darin gehaust, weiß ihre Schrecken zu würdigen.

bedürftig; vor allem aber der ganzen Gesellschaftsordnung, die so manche proletarische Intelligenz in Zuchthäusern verkümmern läßt, statt sie dem Gemeinwohl rechtzeitig nutzbar zu machen.

Aus der Partei.

Der Ausbau unserer Presse.

Wir haben an dieser Stelle in der letzten Zeit schon manche erfreuliche Nachricht vom Wachstum unserer Partei geben können. Überall regen sich unsere Genossinnen und Genossen, um die Kämpferschar zu stärken und der Presse neue Leser zuzuführen.

Die Bernburger „Volkswacht“, das sozialdemokratische Organ des ehemaligen anhaltischen zweiten Wahlkreises, das erst im 3. Jahrgang erscheint, kann die freudige Mitteilung machen, daß es demnächst sein eigenes Heim beziehen kann.

Gemeindevertreterkonferenz Groß-Thüringen.

Am 16. Januar fand im Volkshaus zu Weimar eine Gemeindevertreterkonferenz Groß-Thüringen statt, die von ungefähr 300 Gemeindevertretern, Stadträten, Bürgermeistern und Vertretern der Thüringer Regierung besucht war.

„Die Konferenz wählt einen Ausschuss von 7 Mitgliedern, der gemeinsam mit dem Thüringer Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei auf Grund der heutigen Aussprache gemeindesteuerliche Grundsätze aufstellt, die den Genossen in der Gemeindeverwaltung richtunggebend sein sollen.“



GEGR: 1815 * KÖNIGSTRASSE * SPANDAUERSTRASSE

Gardinen·Möbel·Teppiche

Table with 3 columns: Gardinen, Wohnungs-Einrichtungen, Teppiche. Lists various items and prices.

BERLIN C2
Breitestrasse

Rudolph Hertzog

BERLIN C2
Brüderstrasse

Für die Einsegnung

Schwarze halbwollene u. reinwollene
Kleiderstoffe Breite 85-105 cm,
das Meter M. 40.- 64.25 88.-

Schwarze Alpakas und Panamas
Breite 115-120 cm, das Meter M. 56.50 93.- 110.-

Schwarze klare Stoffe. Seidengaze,
Grenadine u. reinwoll. Schleierstoffe
Breite 70-110 cm, das Meter 48.- 64.80 88.-

Schwarze wollgemischte u. reinwollene
Kostümstoffe Breite 130-140 cm,
das Meter . . . M. 80.- 121.- 160.-

Schwarze kunstseidene u. halbseidene
Stoffe Breite 90-125 cm, das Meter M. 59.- 85.- 140.-

Schwarze Seidenstoffe Glatt, gekrepp u. gerippt.
Dichte und klare Gewebe.
Breite 85-110 cm, das Meter M. 80.50 99.50 105.- 110.-

Elfenbeinfarbige Stoffe in Wolle, Seide und Halbseide Breite 90-130 cm
das Meter M. 60.- 65.50 77.- 88.50 100.- bis 170.-

Baumwollsam (Velvets) schwarz und farbig.
Breite 57-110 cm,
das Meter M. 85.- 108.- 196.-

Einfarbige Stoffe in allen neuzeitigen
Webarten und Farben.

Für Prüfungskleider

Große Auswahl in melierten, ge-
streiften und karierten Stoffen.

Reinseidene und halbseidene neue Gewebe in großer Farben- und Musterauswahl.

Einsegnungs-Kleider aus Wollstoff / Einsegnungs-Anzüge M. 462.- 500.- 930.- / Prüfungs-Kleider neue Frühjahrsmoden aus Wolle und Seide

EINSEGNUNGS-WÄSCHE / KRAWATTEN / HÜTE / HOSENTRÄGER / HANDSCHUHE / TASCHENTÜCHER
Montags Reste für Kleidung besonders billig. — Schnittmuster zur Selbstanfertigung von Kleidern, Blasen, Rücken und Mänteln, Damen- und Kinderwäsche

Gardinen

Inventur-Ausverkauf

Herzig & Weininger

Berlin C.,
Gormannstr. 1, 2 Tsp.

Restbestände

bis zur
Halbte herabgesetzt

Küchengeräte in engl.
und schweiz. Manier mit Ein-
facher, feiner 75, 95, 110 auf-
wärts. Madrasgarnituren
reich behält, in allen Farben.
Feinere 175 an. Cong. u.
Goldfäden, beste Qualität, in
versch. eleganten Ausführungen.
Feinere 70, 100 bis 150.
Gardinenstoffe in einfacher
Breite Meter 22, 25, 30, 35, 40.
Gardinenstoffe in doppelter
Breite, Meter 22, 25, 30, 35, 40.
Juggerdinen, abgepaßt sowie
von St. 2, in weiß und creme.
Zählbeden, englisch und
schweiz. Manier in Klapp-
und Glanzstoffen, ein- und
zweiheilig, 75, 90, 110 bis
150.
Zählbeden in Leinen.
Gobelin und Plüsch, von 22, 25
an.
Doppeltbeden, Berliner-
manier, Reim, Gehlin, Ma-
fette, von 22, 25 an. Stepp-
beden, doppeltseitig, Satin, in
allen Farben, von 22, 25 an.
Teppiche für Wohn-, Speise-
und Herrenzimmer, in allen
Größen (eine Erfahrung!).
Dortieren, Chaisenstoffe,
Decken, Bettvorlagen.
5% Rabatt
erhält jeder Käufer bei Be-
sehung dieser Artikel.

Geschäftszeit 8 1/2 - 7.

Peek & Cloppenburg G. m. b. H.

Gertraudenstr. 25-26 BERLIN C, Roßstraße 1 u. 2

Preiswerte Konfirmanten-Anzüge

Form	Brustweite 68-70	Brustweite 72-76	Brustweite 78-82	Brustweite 84-86
13734 Dunkel gemust. Cheviot Anzug	1reihig 390.—	400.—	415.—	435.—
13665 Dunkel melierter Cheviot	1reihig 450.—	460.—	475.—	495.—
13799 Dunkelblauer Cheviot	1reihig 510.—	520.—	535.—	555.—
13801 Dunkelblauer Cheviot	2reihig 516.—	526.—	541.—	561.—
13668 Dkl. mel., sehr haltbarer Chev.	1reihig 525.—	535.—	550.—	570.—
13822 Dunkelblauer Cheviot	2reihig 540.—	550.—	565.—	585.—
13793 Marengo-Cheviot	1reihig 635.—	655.—	685.—	725.—
13789 Marengo-Cheviot	2reihig 645.—	665.—	695.—	735.—

Gute Stoffe und Zutaten wie früher.

Ganz Berlin spricht davon!

daß man nur erstklassig gearbeitete Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Stilmöbel außerordentlich preiswert kauft im altrenommierten

Berliner Möbelhaus Moritz Hirschowitz

Südosten
Skaltzer Straße 25
Hochbahn Kottbuser Tor.
! Sehenswerte Ausstellung!

Möbel Gleiser

Wir liefern direkt ab unsere eigene Fabrik

Schlafzimmer M. 3450, 4480, 6280 bis 30.000
Speisezimmer, Eiche M. 4250, 4950, 6120 bis 50.000
Herrenzimmer, Eiche M. 3980, 5260, 6540 bis 40.000
Moderne Küchen M. 975, 1050, 1160 bis 4000

Otto Reichel, Berlin 43, 50, Eisenbahnstr. 4.

Bestimmen Sie unser reichhaltiges Lager von über 500 Einrichtungen und überzeugen Sie sich selbst von den außerordentlich billigen Preisen.
Die Güte und die Billigkeit unserer Qualitätsmöbel werden Sie veranlassen, nur bei uns zu kaufen. Drucksachen kostenlos.
Berlin C. 33, Alexanderplatz 42.

Alexanderplatz

Zur Ball-Gesellschafts-Saison

— Hocheleganter — Frack —
Smoking — Cutaway — Gehrock
wird hergestellt aus allen
Militär- und Zivilstoffen . . . in 6 Tagen
sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten
von Herren- u. Damengarderobe in 3 Tagen
Unmoderne Damenkostüme werden in 3 Tagen
in moderne Formen umgearbeitet.
Jeder Artikel wird geliebt in jeder Farbe in 3 Tagen
Trauersachen in 24 Std.
Fertige Ulster M. 950.— an
Fertige Sacco-Anzüge M. 1450.— an

Gr. Original engl. Stoff-Auswahl.

Ludwig Basch

Zentrum 7119. Zentrum 7119.
Friedrichstr 88. I

Zähne von 5 M. an
HENPEL, Dentist, Lindenstraße 220, nahe Schönbr. Tor.

Mietner

Kinderwagen & Wägelchen
Andreasstr. 23
— am Platz —
Brunnenstr. 95
Beusselstr. 67
Leipzigerstr. 54
Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24

Dessin-Möbel

Fabrik-gebäude Rosenthaler Straße 39 Hackescher Markt.
Schlafzimmer 1800, 2500, 3500, 4500, 5300
Speisezimmer 3500, 4500, 5250, 5900, 6400
Wohnzimmer 2000, 3200, 4150, 4400, 5000

Teppiche

kauft man am besten in dem seit
50 Jahren bestehenden
Teppichhaus
Brünn
Hackescher Markt 4
am Bahnhof Börse
Große Auswahl! Billigste Preise!

21 Begründet 1896 21



Pelz-

waren in gros
Einzelverkauf
Alaskafüchse, Kreuz-
füchse, Pelzkragen von
100 M. an, Pelzmäntel,
Herren-Sportpelze

S. Schlesinger

Neue Königstr. 21
(Ordnungs-Haus)
kein Laden, II. Stock
Bitte genau auf Firma 21
und Hausnummer 21
zu achten!

Möbel

bedeutend
herabgesetzt

von M. 550.— an.

Auf Wunsch
Zahlungs-Erleichterung.

Brillanten - Juwelen

kauft auch große Posten
zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantenschleifer
Gebr. 1897, 160 Friedrichstraße 160

Asthma

kann geheilt werden.
Ganz neues Verfahren
Sprechstunden durch Spezial-
Arzt in Berlin-Steiglitz,
Südendr. 3, I. jed. Mittwoch
von 5-7 Uhr. Prof. Leche's
Institut, Freiberg i. Sa.

Gartenlandparzellen

Niederschönhausen,
in guter Kultur, bequem er-
reichbar, verkaufe ausnahms-
weise billig mit
70 Mk. pro □ R
Auskunft, auch Sonntags,
Niederschönhausen, Blanken-
burger Straße 53, an der End-
haltestelle der Linie 40.
S. Joseph, Amt Moabit 667.

Reichels Echter „Medico“ Wacholder-Extrakt

Ein vielseitig erprobtes Naturprodukt, be-
rühmt durch seine kräftig blutreinigende, heil-
same Wirkung gegen alle von unreinem
Blut u. Blutstauung herrührenden Krank-
heiten Hautleiden, Hämorrhoiden, beson-
ders Rheumatismus, Gicht, Ischias, Nieren-
harn- und Blasenleiden, Bejodieren
der Wechseljahre, für Blutarme
von starker Kraft

Niemals offen ausgenommen, garantiert rein und frisch
nur in meinen Originalpackungen 22, 4.50, 10.— 28.—

In den Drogerien und Apotheken erhältlich
Man nehme aber nur die garantiert Originalfüllungen
mit der Echtheitsmarke „Medico“ u. meine Aufzeichnungen

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Stolzmann

Belle Alliancestr.
• 100 •

Der Weg zum Erfolg

ist leicht zu finden, wenn man ohne
Störungen arbeiten will und nicht
an Kopfschmerzen oder Drücken
über den Augen, Nervosität oder
deshalb scheue niemand, der an diesen Erscheinungen leidet, die kleine Mühe, die Augen untersuchen zu lassen bei
Optikermeister Max Trusch, Berlin SO, Dresdener Strasse Nr. 131 (Kottbuser Tor)
Ihre Sehkraft wird gewissenhaft und vollständig kostenlos geprüft. Garantie für gut passende Augenläser. Flache
Gläser M. 6.— pro Paar, gebogene (Punktorik-Menschen)-Gläser M. 18.— pro Paar, Double-Kneifer M. 10.—, 12.50, 15.50,
Nickel-Kneifer M. 6.—, 8.—

Landesverräterische Prasser.

Von Wilhelm Keil

Die 51monatige Dauer des Weltkrieges und die katastrophalen Friedensbedingungen verdankt das deutsche Volk nicht zuletzt der Tatsache, daß große Teile seiner bestehenden Schichten während des ganzen blutigen Völkerdramas herrlich und in Freuden leben konnten.

Haben so die oberen Zehntausend als Träger der verhängnisvollen Eroberungspolitik entscheidend dazu beigetragen, daß das deutsche Volk ins Elend gestürzt wurde, so arbeiten sie auch jetzt den Peinigern Deutschlands in die Hände.

Die millionenzahligen Massen des deutschen Volkes hungern, darben und frieren dahin. Sie müssen die Suppe aussessen, die die Kriegstreiber in den besitzenden Klassen eingebrockt haben.

Wie aber tragen die besitzenden Kreise dazu bei, die Welt von der entsetzlichen Not des deutschen Volkes zu überzeugen? Dadurch, daß sie ein Prasserleben führen, das alle Maße übersteigt.

Man komme uns nicht mit der Erklärung, die Schieber und Kriegsgewinnler seien es, die ein solches Votterleben führen. Wenn z. B. in dem verarmten Deutschland in einem Jahr eine Milliarde in Selt angelegt wird, so kommt diese schamlose Prasserei nicht lediglich auf das Konto der angenehmen Schiebergattung, sondern auch der sogenannten „solide alte Besitz“ hat seinen Anteil daran.

Am tollsten wird die Prasserei just in den Teilen des Reiches getrieben, die von feindlichen Truppen besetzt sind. In Anknüpfung an kritische Betrachtungen, die ich im Zusammenhang mit den Steuerfragen im Reichstag über diese Erscheinungen angestellt hatte, ging mir dieser Tage aus Köln von

fundiger Seite eine Darstellung zu, die tief blicken läßt. Was nützen alle schönen Reden über die Leiden im besetzten Gebiet, heißt es da, wenn sich das Leben und der äußere Luxus namentlich in den besetzten Städten Köln und Aachen tagtäglich vor den Augen unserer Feinde in Orgien abspielt.

Groß-Berlin

Das Urteil im Strauß-Prozess.

Emil 15 Jahre, Erich 10 Jahre Zuchthaus.

Die Geschworenen haben zur Beratung den Saal verlassen. Es ist 11 Uhr. Der Saal mit seinem vielfältigen Publikum, das noch strenger als sonst „gestickt“ ist, wird nach der Fortführung der Angeklagten noch eintöniger.

Draußen singt Regen. Kleine Bäche fluten an den Scheiben. Alles ist grau.

Zwei Damen aus „gestittelter Kinderstube“ flüstern: „Koch immer ein schöner Mann.“ „Ging gerade und überbaupte.“ Und sie unterhalten sich bescheiden, wie er schön und zielt, schön und zielt.

In der Reihe sitzt eine mit verblühtem Gesicht, fängt ein paar Worte auf, will hochfahren und etwas sagen, wendet sich rasch und sieht mit harten Augen immerfort in den Regen.

Die Zeit kriecht. Der Saal ist ganz stumm geworden. Gegen zwei Uhr klingelt es irgendwo. Das Urteil ist gefallen, irgendwo hinter verschlossenen Türen. Die Leute im Saal spannen sich zum letztenmal. Die Geschworenen treten ein. Wie lange das dauert, ehe sie Platz genommen, bevor sie alle richtig sitzen, bevor der Obmann in Positur sich erhebt.

Run liest er den Wahrspruch: Die Geschworenen nahmen nicht Anstoß, sondern nur Totschlag bzw. versuchten Totschlag in 2 Fällen unter Verletzung mildernder Umstände bei Emil Strauß an. Ferner wurden bei ihm die Schuldfragen nach vorsätzlicher Gefangenenbefreiung und schweren Diebstahl bejaht. Bei Erich Strauß wurden ebenfalls die Fragen nach Totschlag, versuchten Totschlag in einem Falle, schweren Diebstahl unter Verletzung mildernder Umstände bejaht.

Dann Kettenklirren draußen durch die geöffnete Tür. Eine kleine Verärgerung und wieder Kettenklirren. Die Angeklagten erscheinen. Gerade, ferngegerade. Emil Strauß etwas gewippt aufrecht. Einer, der weiß, daß er jemand ist, dessen Haltung beobachtet wird. Erich Strauß, stiller in der Haltung, nicht durchbest von dem Fieber, das zurückgehalten doch die straffe Haltung des anderen beherrscht. Sie hören beide ohne Bewegung den Wahrspruch an, nur die Hände Erichs sind in ganz leiser Bewegung.

Darauf der Antrag des Staatsanwalts: Gegen Emil Strauß die Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus, gegen Erich Strauß ebenfalls 15 Jahre Zuchthaus, sowie

ganze Nächte ausfüllen, sind nichts seltenes. Und das alles vor den Augen der Engländer!

Mit vollem Recht fragt der Schreiber, ob derartige Ercheinungen wohl geeignet sind, das Erbarmen unserer Feinde mit dem deutschen Volke wachzurufen. Es wäre aber falsch zu glauben, daß ein solches Treiben nur in Köln und Aachen vorläme. Nein, es ist über ganz Deutschland verbreitet, in den Städten wie in den Herrschaftshäusern der großen Grundbesitzer kann man es beobachten.

Die Besitzsteuern, die nach Hefferrich die großen Vermögen zermalmen und daher „so rasch wie möglich abgebaut werden müssen“, sind bisher kein Hindernis für die Prasserei gewesen, und sie werden es künftig noch weniger sein, wenn die Bemühungen Hefferrichs, das Reichsnotopfer auszuböhlen, bei den bürgerlichen Parteien auch künftig so viel Verständnis finden, wie in den letzten Tagen.

je 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht unter Anrechnung von je 1 Jahr der erlittenen Unteruchungshaft.

Das erste Kind der Strauß. Das kann noch kommen, auf heffere ist nicht zu hoffen. Wieder verzeiht eine längere Zeit. Die Gräber sind wie in Blüthen verlorren. Grau ist der Saal, dicht fällt der Regen. Grau ist die Zukunft. Manern, laßte Hände im Winkel. Ein Tag wie der andere. Hundert Tage und noch hundert und so viele hundert bis — — — Emil Strauß erklärt, daß er nichts zu sagen brauche, er weiß, es ist möglich. Dann kommt das Urteil:

Emil Strauß wegen Totschlags und versuchten Totschlags in zwei Fällen, Gefangenenbefreiung und schweren Diebstahls im Strafverfahren rückfällig zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht unter Anrechnung von 1 Jahr der Unteruchungshaft.

Erich Strauß wegen Totschlags und Totschlagversuchs in je einem Falle und schweren Diebstahls zu 10 Jahren Zuchthaus und die gleichen Nebenstrafen sowie Anrechnung von 1 Jahr der Unteruchungshaft.

Die übrigen Angeklagten wegen einfacher Begünstigung Hermann zu 2 Wochen Gefängnis, Enders zu 3 Monaten und die Frauen Behrend und Lehmann zu je 6 Monaten Gefängnis, die durch die erlassene Unteruchungshaft als verbüßt angesehen wurden.

Ein Blick rundum: Hoffnung ausgelöscht. Ergebung? Ein Dankwort Emil Strauß's an die Kriminalbeamten. Man muß bis zum Schluß Herr der Sache bleiben. Umständliche Reflexion. Die Tür öffnet sich, schließt sich hinter ihnen. Dieser Saal wird nie nicht wiedersehen.

Der Mord an dem Jnder.

Die Familie des Ermordeten verhaftet.

Die Unteruchung der Eboristenburg Nordlachs hat eine, wenn auch nicht ganz unerwartete, so doch wohl auflebenerregende Wendung genommen. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurden die Schwägerkinder des ermordeten Singh, der Tischlermeister Ernst Becker und seine Frau Marie, sowie ihre Tochter Hildegard, die Ehefrau Singh, verhaftet und in den Gewahrsam der Kriminalpolizei gebracht. Alle drei waren von Kriminalkommissar Rubin und Bezirksoberwachmeister Seime Meyer lange und eingehend vernommen worden. In ihren Aussagen fanden sich Widersprüche, zu deren Aufklärung dann noch Einzelvernehmungen stattfanden. Das Ergebnis der ganzen Vernehmungen, der Anhörung der Zeugen und der Ermittlungen und des Befundes am Tatort erscheint so belastend, daß es die Staatsanwaltschaft zu dem Haftbefehl veranlaßte.

Hermann Jansen verläßt Berlin?

Eine für das Kunstleben Berlins bedauerliche Nachricht geht uns zu: der erste Städtebauer und Preisträger im Wettbewerb Groß-Berlin, Prof. Dr.-Ing. Hermann Jansen, hat unter

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

29]

Schemeikka ist weit weg, er scheint nicht im Boot, sondern in der Brandung zu stehen. Zugleich ist er wieder oben, groß, wie ein Riese, mit flatterndem Haar, der Bart auf beiden Seiten um den Hals gebauht. Niemand in der Welt steht wie Schemeikka, da die rasenden Fluten unter seinen Füßen auf beiden Seiten des Bootes brennen. Nichts ist vom Land, nichts von den Bäumen zu sehen, die Wellen gleiten um die Weite mit Schemeikka, hinter ihm herjagend, holen ihn aber nicht ein. Blöcklich fällt von dort Schemeikkas Auge auf sie, es lächelt süchtig, ist jedoch sogleich wieder anderswo; seine Stirn ist gerunzelt, seine Lippen sind straff gespannt. Marja versucht den Kopf ein wenig über den Rand zu heben, ein großer Felsblock gleitet vorüber und schrammt hinten am Boot. Ein anderer liegt auf der anderen Seite und prallt vorn an. Aber zwischen ihnen hindurch lenkt Schemeikka. Marja sinkt zurück. „Herr, mein Gott!“

Sie hat sich die Schürze über das Gesicht gezogen. Aber da scheint es langsamer vorwärtszugehen.

„Ah! Fürchte dich nicht, hab keine Angst!“ hört sie Schemeikka sagen.

Sie sind im Stillwasser; Schemeikka steht und wippt und sein Rumpf biegt sich. Er ist groß und stattlich. Sie vermag ihm nicht in die brennenden Augen und in das glühende Gesicht zu blicken. Ach, wenn er doch anlegte! Aber er lenkt schon auf neue Strudel zu.

„Laß mich hinaus! Wollen ans Land gehen!“

„Willst du?“ fragt Schemeikka, und das Boot ist nahe am Ufer. — „Spring!“

Doch Marja sinkt auf die Bank zurück. Sie wagt nicht und kommt nicht dazu... und will auch nicht. Und sogleich ist das Stillwasser zu Ende, die Strömung saugt, das Boot ist in einer neuen Schnelle. — „Ei, zum Teufel!“ ruft Schemeikka. Er macht heftige Bewegungen, das Boot schlingt sich zur Hälfte mit Wasser voll, das Wasser braust draußen und drinnen, der Boden rennt auf einem Stein, die Hände trocken, das Boot sitzt fest.

„Rudre!“ ruft Schemeikka.

Aber ehe Marja an die Ruder kommt, macht sich das Boot los.

„Nicht nötig!“

Marja hat sich aufgesetzt. Sie sind einen fast senkrechten Fall hinunter gekommen und befinden sich wieder in Stillwasser.

„Laß mich hinaus,“ steht Marja. „Wir ertrinken.“

„Leg dich lang hin, es ist noch ein Buckel — dann kommst du heraus.“

Er lächelt ihr geheimnisvoll, schelmisch zu. Marja gehorcht. Mag kommen, was will! Er läßt mich nicht mehr weg. Und mag er mich nicht lassen... mag er mich bringen, wohin es ihm gefällt!

Jetzt scheint die Schnelle ruhiger zu sein, es braust nicht so, es schlägt kein Wasser herein, aber das Boot scheint noch rascher dahinzugleiten als eben, wie ein losgegangener Schneehübel über den Abhang des Hügels auf dem glatten Schnee, wird aufgeregter, springt ein paarmal steil auf — dann beruhigt es sich wie auf ebenem Boden — Marja fühlt einen Schwindel, unter dem Herzen hebt es sich, ihr wird übel — da macht die Spitze eine schiefe Bewegung, Schemeikka springt ins Wasser, zieht das Boot an den mittleren Dullen auf, und die Spitze rennt in den Kies. Marja will aufstehen, aber ehe sie dazu kommt, hebt Schemeikka sie auf und trägt sie ans Land.

„Richt, Schemeikka, nicht, laß mich,“ bittet Marja, drückt sich aber zugleich an seinen Hals und löst ihre Arme erst, als Schemeikka sie auf den Boden, auf einen Mooshöcker gelegt hat. Aber Schemeikka läßt seine Hände, neben Marja knien, nicht los.

„Wo sind wir?“ fragt Marja, die Augen schließend. „Auf einer Insel,“ sagt Schemeikka zögernd... „Auf einer Insel zwischen den Strudeln,“ wiederholt er. „Und jetzt bist du mein.“

„Ich bin nicht dein... ich bin eines anderen.“

„Du bist mein.“

„Weshalb wäre ich dein?“

„Weil du es sein willst.“

„Dein?“

„Nein.“

„Ich bin eines anderen... laß mich gehen...“

„Du warst eines anderen,“ flüstert Schemeikka, Augen und Stimme voll Jubel. — „warst eines anderen, solange du in Schweden warst, jetzt bist du in Karelien.“

„In Karelien? — Warum hast du mich herher geschleppt?“

„Bist ja gern gekommen!“

„Bin ich?“

Und Marja wußte nicht, ob sie gern gekommen war oder ob er sie entführt hatte.

Sie hörte nicht mehr, wie die Stromschnelle brauste. Dann brauste sie wieder, aber ganz in der Ferne.

„Trag mich in die Schnelle,“ sagt Marja.

„Ruh da,“ sagt Schemeikka.

„Ruh du auch,“ bittet Marja. — „Geh nicht.“

Doch Schemeikka macht sich aus ihren Armen los, und sein Auge lächelte.

„Weshalb lächst mich dein Auge so an?“ fragte Marja.

„Es lächelt nicht, es freut sich.“

„Weshalb? Sag, weshalb?“

„Es ist, als ob du früher nie einen umarmt hättest.“

„Das habe ich auch nicht... ich habe früher nie gewußt...“

„Was hast du nicht gemußt?“

„Daß es so etwas gibt.“

„Ich auch nicht.“

Aber er lag. Marja war nicht die erste. Schon dünte ihm Marjas Arm unter seinem Kopfe hart. Er wäre gern allein gewesen.

„Du bist müde,“ sagte Marja zärtlich.

„Nein, nein.“

„Du hattest harte, schwere Arbeit in den Strudeln... ich habe nur bequem im Boote gelegen. Ich will dir ein Lager vorn im Boot machen.“

„Willst du das? — Mach dir zugleich auch eins.“

„Nein, nur dir... damit du recht friedlich ruhen kannst, Liebster.“

„Mach es denn.“

Schemeikka schließt im Borderteil des Bootes. Marja hat es wie ein Hochzeitsbett geschmückt, hat Laub zwischen die Waud und das Wasserbord gesteckt. Sie selbst sitzt am Ufer auf einem Stein und denkt: läge Schemeikkas Boot im Wasser, dann schaukelte ich ihn wie ein Kind.

Sie hat ein Feuer zwischen zwei Steinen angezündet. Ueber dem Feuer hat sie ein Kistchen aus Birkenrinde, und ab und zu schürt sie das Feuer und rührt den Inhalt des Kistchens mit einem Hölzchen um.

(Fortf. folgt.)

Steuerdebatte im Reichstag.

Reichsnotopfers

In der Sonnabend Sitzung des Reichstages wird zunächst das Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und -verlustrechnung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Auf der Tagesordnung steht weiter der Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes. — Der Entwurf will das gesamte Einkommen, das ein Steuerpflichtiger von Anfang bis Ende seiner Steuerpflicht bezieht, von der Einkommensteuer erfassen. Die Veranlagung erfolgt alljährlich nach Ablauf jeden Kalenderjahres. Sie erfolgt nach dem Einkommen, das der Steuerpflichtige in dem maßgebenden Kalenderjahr während der Dauer seiner Steuerpflicht bezogen hat. Da grundsätzlich nur das tatsächlich bezogene Einkommen versteuert und jede Fiktion vermieden werden soll, soll für die Fälle, in denen die Steuerpflicht nicht während des ganzen Kalenderjahres bestanden hat, eine Umrechnung des während der Dauer der Steuerpflicht bezogenen Einkommens auf ein Einkommen von 12 Monaten nicht erfolgen. Für das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbe und Bergbau wird das Ergebnis des Wirtschaftsjahres festgesetzt, wenn das Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr abweicht. Um durch die doppelte Besteuerung des Jahres 1920 keine Härten zu verurteilen, wird allgemein die Benutzung des Einkommens des Jahres 1920 als Bemessungsgrundlage bei der Veranlagung für zwei Rechnungsjahre befristet.

Abg. Reil (Soz.):

Die steuertechnischen Einzelheiten der Vorlage müssen natürlich im Steuerausschuss noch gründlich erörtert werden. Man hat sich über die rasche Reformbedürftigkeit des Einkommensteuergesetzes lustig gemacht, und zwar sind das dieselben Leute, die an der überfüllten Steuergesetzgebung schuldig sind. (Sehr wahr! links.) Die Befreiung der Härten aus der Doppelbesteuerung von 1920 erfordert schwierige Umstellungen. Aber den Luxus weiterer technischer Schwierigkeiten können wir uns nicht mehr leisten. Das Gesetz erregt in dieser Hinsicht manche Bedenken. Schwierigkeiten ergeben sich auch bei den Ansprüchen der Länder und namentlich der Gemeinden. Manche Länder, wie Preußen, haben den Gemeinden schon große Zugeständnisse gemacht. Da wird es schwer sein, einen Ausweg zu finden. Wir begrüßen es, daß die Steuerfreiheit der Abgaben für wohnsitzliche, kulturelle und politische Zwecke durch die Vorlage befristet wird. Das Steuerfreie Einkommen darf überhaupt nur bis zu einer gewissen Einkommenart gewährt werden; andererseits muß man bei den niedrigeren Einkommensstufen

die Schonungsgrenze herausheben.

Weider wurden unsere dahin zielenden Anträge seinerzeit von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Die instinktive und gar nicht politisch organisierte Abschnürung des Steuerabzuges vom Lohn durch die Arbeiterschaft war das beste Zeugnis für die unerträgliche Belastung! Jedoch wäre es richtiger gewesen, den Hauptsturm nicht gegen das technische Verfahren des Steuerabzuges, sondern gegen die Höhe der Steuer zu richten. Aus dem Jahre 1920 sind noch viele Reste von nicht eingezogenen Steuern übrig; es wird nichts übrig bleiben, als diese Steuerzuschüsse bis zur Einkommensgrenze von 30 000 M. zu streichen. Der Lohnabzug muß in Einklang gebracht werden mit der Steuerlast, die endgültig zu zahlen ist. Weshalb soll denn die Arbeiterschaft klagen, wenn man täglich sieht, wie zahlreiche einflußreiche Kräfte am Werk sind, um den Befehl zu schonen und alles auf die Lohnempfänger abzuwälzen? (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei der Einziehung der Besitzsteuer ist man sehr saumäßig verfahren. Trotz der zweifelslos vorhandenen Ueberlastung der Behörden hätte für die Durchführung der Steuergesetze viel mehr geschehen können. Aber einzelne Beamte wagen sich an den Befehl heran. Mit dem Abbau der Besitzsteuergesetze, der von Herrn Helfferich und seinen Freunden gefordert wird, ist schon begonnen worden. Die Deutschnationale Volkspartei ist dabei zur stillen Teilhabe in der Regierungskoalition geworden. (Sehr wahr! links.) — Widerspruch rechts.) Die dunklen Flecken, die Herr Helfferich nach emsigem Suchen auf der weißen Weste des damaligen Finanzministers Erzberger entdeckt hat, waren dabei für die Deutschnationale Volkspartei eine willkommene Gabe. Im Steuerausschuss sah sich der Reichsfinanzminister bei der Beratung des

von der eigenen Fraktion sowie von den übrigen Regierungsparteien verfaßt und fand nur an unserer Fraktion eine Stütze. Das Zentrum ist im Ausschuss nur durch Großindustrielle und Großagrarier vertreten, die die Interessen des Mittelstandes völlig vernachlässigen. — Entgegen den Vorschlägen des Ministers wurde unter Führung Helfferichs beschlossen, Kriegsanleihe bis nach Ablauf eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheides zum Kennwert an Zahlungs Statt zu nehmen. Man sucht es dadurch zu rechtfertigen, daß den Steuerpflichtigen im Kriege versprochen worden ist, sie könnten die Steuern in Kriegsanleihe zum Nominalwert begleichen. Doch hat Helfferich nicht auch versprochen, die Kriegsrechnung den Feinden zu präsentieren?

Ein zweiter Versuch zum Abbau des Reichsnotopfers ist es, daß man der Reichsregierung eine verminderte Heranziehung des Großgrundbesitzes aufzwingen will, die im direkten Gegensatz zum Sinne des Gesetzes steht. Anstatt für die Wertbemessung den Ertrag der Jahre 1914—1919 zugrunde zu legen, wollen die Herren die Erträge der Jahre 1908/9 bis 1917/18 herangezogen sehen. Wenn die Anträge angenommen werden, so muß das

das ganze Notopfergebäude zum Schwanken bringen.

Schon durch das jetzige Gesetz ist das im Grundbesitz investierte Vermögen ganz bedeutend gegenüber dem sonstigen bevorzugt. Trotzdem wollen die Herren im Ausschuss den Reichsfinanzminister zwingen, ohne weitere Beratung den neuen Entwurf im Verordnungswege durchzuführen. Wenn hier weitere Vergünstigungen gewährt werden, so wird sich das Industrie- und Handelskapital dabei nicht beruhigen, und der Ertrag des Gesetzes wird in unerträglichem Maße beschränkt werden. Wenn jemand behauptet, daß die deutsche direkte Steuergesetzgebung bis zum äußersten Maße angepannt sei und nur indirekte Massenbesteuerung übrig bleibe, so ist das unwahr. Für mich bleibt es Hauptgrund, daß der Arbeitslohn des deutschen Volkes, ohne daß wir nicht mehr hochkommen können, Schutz gewährt wird, und nicht dem Vermögen der deutschen Millionäre. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Helfferich (Dnat. Sp.): Es ist doch eigentümlich, daß das Einkommensteuergesetz, obwohl erst ein Jahr alt, bereits mehrere Kinder hat. (Heiterkeit.) Dieser Kinderlegen dürfte mit der heutigen Vorlage noch nicht zu Ende sein. Ueber die Aufhebung der Steuerfreiheit für kulturelle Zwecke lassen wir mit uns reden. Die Revision der Besitzsteuer wird zu einem teilweisen Abbau führen müssen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Ich bin auch jetzt noch bereit, im Punkt der Aufhebung der Abzugsfreiheit für gemeinnützige Zwecke mit mir reden zu lassen. Aber Ausgaben für politische Zwecke dürfen nicht unter allen Umständen steuerfrei bleiben. (Beifall links.) Wenn Herr Helfferich gesagt hat, daß durch die Besitzsteuer bereits die Butter vom Brot gepossen ist, so verstehe ich nicht, daß er uns die bisher nicht vollzogene Einziehung der Besitzsteuer zum Vorwurf macht. Zu einem Abbau der Besitzsteuer werde ich niemals meine Hand bieten. Dagegen bin ich bereit, hinsichtlich der Restbesteuerung der Festbesoldeten mit mir reden zu lassen, denn hier handelt es sich nicht um den Befehl, sondern um das Einkommen. Verhindert muß nur werden, daß für unsere Steuerpolitik das „zu spät“ gilt, das leider von der Politik des Abg. Helfferich gesagt werden muß. (Widerspruch rechts.) Eine Nachprüfung der Veranlagungsart und -sätze muß man eintreten lassen; insbesondere muß stärker individualisiert werden. Dem Antrage, für die

Wertbemessung der landwirtschaftlichen Grundstücke

die Jahre 1912—1916 anstatt der Jahre 1914—1919 zugrunde zu legen, kann ich in seiner Totalität nicht zustimmen. Ein großes Finanzprogramm zu geben, wäre zurzeit durchaus töricht. Wir müssen die Wege eröffnen, die notwendig sind, um ein weiteres Finanzelend zu ersparen.

Abg. von Humpel (Zentr.): Die Frage des Existenzminimums wie die Verhältnisse der Kleinrentner müssen besonders berücksichtigt werden. Die Zentrumspartei lehnt die Führung irgendeiner anderen Partei ab.

sinnigen Putz nicht entfesselt, sondern ihn zu bremsen versucht. Es waren andere schuldig, nämlich zum Teil die, gegen welche die „Rote Fahne“ vom 13. Juni 1920 fast wörtlich den gleichen Vorwurf erhebt, wie ich es gegen die drei im Gedicht erwähnten Personen tat. Der Unterschied ist nur der, daß ich seinerzeit gegen Repräsentanten einer Macht schrieb, die das Zentrum der Reichshauptstadt in militärischer Gewalt hielt, während die „Rote Fahne“, ohne Entschuldigung durch Lebensschicksal, an links von ihr stehenden Bestimmungsgenossen eine glatte Denunziation beging.

Jetzt begehnen die Herren von der „Roten Fahne“ seit Jahren die ungeheuerliche Verleumdung (unter dem Schutz meiner Abneigung vor bürgerlichen Gerichten, mich der Aufforderung zum Mord an Liebknecht und Frau Luxemburg zu bezichtigen, ja, mir die Schuld an dem Verbrechen (wie andererseits den Konkurrenzkommunisten) zuzuschreiben! Ausgerechnet einem Sozialisten, der begeistert zu Füßen der Beiden gesessen und unter dem traurigsten Kapitel der Revolution namenlos gelitten hat! Das ist die alte Geschichte vom Geschehen „Haltet den Dieb!“

Dabei wird jeder, der sich vom Inhalt des Gedichtes und seiner Entschuldigungen überzeugt, das Unsinnsige dieser Beschuldigung einsehen. Selbst die kommunistischen Agitatoren scheinen das zu merken, denn sie greifen zur Fälschung. Ein sächsischer Arbeiter fragt mich in einem Briefe, ob es wahr sei, was ein kommunistischer Redner behauptet, daß ich geschrieben habe: „... sind sie immer noch nicht dabei?“ Man sieht, wie es gemacht wird. Die gleiche „Rote Fahne“, die in der gleichen Zeit zur Ermordung Friedrich Stampfers aufforderte, kann natürlich politische Beweggründe nur hinter einer Tür sehen, hinter der sie selbst gestanden hat. Sie betreibt diesen Sport bis zum Kindischen. Steht in einer Ecke des „Vorwärts“, dessen Redaktion ich seit sieben Monaten nicht mehr angehört, eine Notiz, so stammt sie „wahrscheinlich“ von dem gleichen Individuum, welches seinerzeit! usw.

So etwas schreibt über die Verleumdung der bürgerlichen Journalistik. Aber, man soll dem Dämon, der da drischt, das Maul nicht verbünden. Die letzte Drohung, daß mich die kommunistische Patentrevolution „hinwegsetzen“ werde, läßt mich kalt. Ich lege auf die Teilnahme an diesem Paradiese keinen Wert.

Wissenschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Prof. N. Fedorowski, der Leiter des russischen Bureaus für ausländische Wissenschaft und Technik, äußerte sich über die Rolle der Wissenschaft als Bindeglied zwischen Deutschland und Rußland:

Die russischen und deutschen Gelehrten haben immer zusammengearbeitet und die Mehrzahl der russischen Gelehrten sind Schüler

Abg. Herk (U. Soz.): Die Besitzsteuer stehen zum größten Teil nur auf dem Papier. Trotzdem will man sie noch abbauen. Während früher das Zentrum die Steuerpolitik Erzbergers unterstützte, hat der jetzige Reichsfinanzminister des öfteren Urteile, sich gegen seine Fraktion zu wehren. Wir können daher die jetzige und künftige Politik des Zentrums nur mit dem größten Mißtrauen verfolgen. Durch die Reden der Bürgerlichen zog sich wie ein roter Faden der Abbau der Besitzsteuer und die Erhöhung der indirekten Steuern. Wir werden diese mit allen Mitteln bekämpfen, da es unerträglich ist, daß die Klassen ausfallen der Besitzenden noch schwerer von der Besteuerung getroffen werden. Weshalb können denn in den übrigen Staaten der Welt, die zum Teil fast ebenso verschuldet sind wie Deutschland, neue Besitzsteuer beschlossen und auch wirklich erhoben werden? (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Becker (D. L.): Wir sind es, die die Interessen der armen Leute und der Kultur vertreten, wenn wir für die Steuerfreiheit der Anwendungen zu gemeinnützigen und kulturellen Zwecken eintreten.

Abg. Düwels (Kom.): Das Meiste, was Herr Reil heute dem Entwurf angelehnt hat, ist von seinem Freunde vor einem Jahr gegen unsere Warnungen in das Gesetz hineingebracht. Damals haben Sie unsere Anträge als demagogisch abgelehnt. Jetzt stellen Sie sich hin und lamentieren über Ihr eigenes Werk. — Es ist eine wahre Schande. Die heutige Forderung Helfferichs, das Einkommen an der Quelle restlos zu erfassen, haben wir vor einem Jahre auch schon erhoben. Diejenigen, die an der wirtschaftlichen Verelendung unseres Volkes schuld sind, werden einst an anderer Stelle Rechenschaft ablegen müssen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Pohlmann (Dem.): Ohne indirekte Steuern geht es nicht. Wir können nicht an den Abbau der direkten Steuern herangehen, wenn wir die indirekten nicht verschärfen. Ich möchte für die Einrichtung eines

ständigen Ausschusses für Steuerangelegenheiten

eintreten.

Abg. Dr. Helm (Bayr. Sp.): Es ist unmöglich, daß die Sparfamkeit bei den Wohlfahrtsanstalten beginnt. Der größte Fehler bei dem Aufbau der Steuergesetzgebung war der, daß gleichzeitig mit dem Erlasse der zahllosen Steuergesetze auch eine Reform der Finanzverwaltung herangezogen worden ist. Der sogenannte Reichum der Bauern besteht aus Papiergeld und ihr wirklicher Reichum, ihr Grund und Boden, leidet unter dem Rückgang des Ertrages. Die Steuern dürfen nicht so hoch werden, daß sie die Besteueren zum Selbsterhaltungskampf gegen den Staat treiben.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Wir werden einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach mit den Verwaltungsbehörden ausgeräumt wird, die noch aus der Kriegszeit stammen.

Damit schließt die Aussprache. Es folgen zahlreiche persönliche Bemerkungen.

Abg. Reil (Soz.): Die phantasiervolle Darstellung des Abgeordneten Düwels von meiner Haltung gegenüber dem Einkommensteuergesetz ist falsch. Herr Düwels hat damals den Beratungen im Zustande des halbklaren oder völliger Verstandnislosigkeit beigewohnt.

Reichsfinanzminister Wirth stellt fest, daß die Finanzbeamten ihre Pflicht getan haben und daß er jeden Fall von Nachlässigkeit ihm zu melden bittet. Nach weiteren persönlichen Bemerkungen Düwells und Helfferichs verläßt sich das Haus auf Montag 1 Uhr: Fortsetzung der Debatte über unsere Beziehungen zu Sowjet-Rußland. Justiz-Etat. Schluß 1/2 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sichtung, Arbeitlose Schneiderkollektive Mittwoch, den 24. Januar, abends 7 Uhr, in der Aula der Hohenzollern-Schule, Reiziger, Ecke Eisenacher Straße, Veranlagung der Arbeitlosen Schneiderkollektive und Friedemann. — **Schauung** Mittwoch, den 24. Januar, 7 Uhr, im Hofsaal des Hotels „Auf dem Hof“, Auf dem Hof, 15. Versammlung aller in der Gruppe Eiden wohnenden Mitglieder. Thema: Die zu erwartenden Gesetze, Reichsminister und Minister. — **Berliner Arbeiterverband, Ortsgruppe Schöneberg**, öffentliche Versammlungen: 1. am Montag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, in der Eichenstraße, Herbarienpark, 2. am Mittwoch, den 26. Januar, abends 8 Uhr, in der Uhland-Schule, Kolonnenstr. 2. — **Vorträge**: 1. Vorf. Poelke, Reichsminister, Dr. Engel und Dr. Bornheim (sonnendankend für die hiesigen Arbeiter), 2. am Montag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, in der Uhland-Schule, Kolonnenstr. 2. — **Freibund der Arbeiterkollektive**, am Dienstag, den 23. Januar, 8 Uhr abends, in Reiziger, Reiziger, 6. öffentliche Versammlung. Dr. Goldstein berichtet über die Arbeiterkollektive in Europa — ein kulturelles Problem. Reden an der Abendstunde zum Preise von 1. — M. noch erhältlich. — **Die Deutsche Arbeiterkollektive** hält am Mittwoch, den 24. Januar, in 8 Uhr, im Lokal des Herrn Günter, abends 7 1/2 Uhr eine öffentliche Versammlung ab. — **Allgemeine Familienbesuche**, heute Nacht und Ruhnmetag von 2-5 Uhr in den Restaurants Reichstr. 1213 und Wollweberstr. 24.

des deutschen. Die ersten Arbeiten eines russischen Gelehrten werden gewöhnlich in Deutschland gemacht und deshalb ist es begreiflich, daß ich bei erster Gelegenheit nach Deutschland gekommen bin, um die zerrissenen Beziehungen auf dem Gebiete der rein kulturellen Tätigkeit außerhalb jeder Politik wieder anzuknüpfen.

Die Zuziehung der technischen Kräfte nach Rußland ist sehr gut möglich und entspricht ganz den Lebensinteressen beider Nationen. Ich bin aber der Meinung, daß diese Zuziehung nicht durch Auswanderer erfolgen kann, sondern auf der Grundlage der persönlichen Einladung unter bestimmter Bedingungen. Die Hilfe der deutschen Gelehrten und Techniker bei dem Wiederaufbau der zerrütteten russischen Wirtschaft würde der erste Anlaß zur kulturellen Freundschaft zweier Nachbarstaaten und der erste Schritt zu ihrer Annäherung sein.

Europa als Urheimat der Arier. Bisher nahm man an, daß die Urheimat der Arier in Hindostan zu suchen sei und die Menschen von dort in Europa einwandert wären. Nach neueren Forschungen ist man, wie Prof. D. Montelius (Stockholm) in der „Umschau“ veröffentlicht, zu der Ansicht gekommen, daß gerade das Umgekehrte der Fall war und daß aus Europa die in Asien lebenden Arier einwandert sind. Es gab damals noch keine Germanen, Kelten, Slaven, nur Menschen, die in Herden im eisernen Mitteleuropa herumstreiften und die Vorfahren der unter diesem Namen bekannten Völker waren. Im Laufe der Jahrtausende entwickelten sich durch natürliche Differenzierung in den verschiedenen Landschaften Europas die einzelnen arischen Stämme. Man hat nachgewiesen, daß vor ungefähr 15 000 Jahren, als in Südschweden die großen Gletscher zurückgingen, Menschen dort lebten, die genau denselben Schädelbau und die gleichen Maße aufwiesen wie Menschen derselben Zeit in Mitteleuropa. Da aus diesen Menschen die Skandinavier, also Germanen, sich entwickelten, kann man als sicher annehmen, daß sie ebenso wie die anderen in Europa wohnenden arischen Völker europäischen Ursprungs sind. Alles, was wir jetzt kennen, macht es auch höchst wahrscheinlich, daß die in Asien wohnenden arischen Völker aus Europa gekommen sind. Die wichtigsten von diesen sind die Hettiter in Kleinasien, die Akkader und Perler in Iran und die Hinduer in Indien. Die Indier, die eine nahe Verwandtschaft mit den iranischen Ariern, den Medern und Persern, zeigen, haben in ihren alten Schriften die Leberlieferungen aufbewahrt, daß sie von Nordwesten her in Indien einwandert sind. Die neuesten Entdeckungen von hettitischen Schriftentwürfen haben eine so große Ähnlichkeit mit arischen Sprachen an dem Tag gebracht, daß auch die Hettiter als Arier angesehen werden dürfen.

Erziehung. Vater: „Du mal, Reginald, Du hast Deine Mutter in der letzten Zeit wiederholt belogen. Das betrübt mich sehr. Du mußt immer die Wahrheit sagen, auch wenn es Dir nicht angenehm ist. Bist Du es mir verzeihen?“ — Reginald: „Ja, Vater.“ — Vater: „Schön, mein Junge. Und nun sieh nach, wer eben gelacht hat. Wenn es der Gerichtsvolksherr ist, so sage, ich sei nicht zu Hause.“ (Pud.)

Es ist keiner dabei...

Die Geschichte einer Verleumdung.

Von Artur Zidler.

Kurz nach der Erstürmung des „Vorwärts“-Gebäudes durch Regierungstruppen im Januar 1919 betrat ich das Haus und ging durch alle Räume des eben noch kampfdurchtobten Baues. Sah die Blutlachen und die Toten, deren einen ich kannte. Ich bin unbedingt sozialistischer Pazifist und habe diese Bestimmung zum Ende meiner Kindheit an bis heute durch Wort und Tat ohne Schwankungen vertreten. So und nicht anders muß folgender Gedankengang im grauenhaften Erlebnis des proletarischen Bruderkampfes verstanden werden: die Toten klagen diejenigen an, die das Gemetzel entfesselt haben. In diesem Falle die Linksrabulanten, die den unsinnigen Putz auf die Zeitungshäuser unternahmen. Wo aber sind die Führer im Augenblick der Gefahr? Werner Müller, ein unbekannter Proletariatsdichter, war der einzige Führer, der stand und fiel, im Hofe der Dragonerkaserne vierfach ermordet. Aber selbst von ihm wußte ich nichts, als sich in mir der Gedanke festsetzte: ist es nicht das alte Spiel? Der eine schreibt den Hejartikel, und der andere, der Gläubige, der unbekannte Genosse, wirft dafür sein armes Leben auf die Straße. Was dem einen sein Schachspiel, ist dem anderen sein Untergang. In dieser Erschütterung schrieb ich ein Gedicht: „Das Totenhaus“, das sich — wohlgemerkt! — in jeder dritten Zeile, zweimal in jeder Strophe, an die sozialistischen Proletarier wendet. Das Gedicht erschien im „Vorwärts“ und sei hier ungefügt wiedergegeben:

Viethundert Tote in einer Reih —

Proletarier!

Es fragen nicht Pulver, Eisen und Blei,

ob einer rechts, links oder Spartakus sei —

Proletarier . . .

Wer hat die Gewalt in die Straßen gesandt,

Proletarier?

Wer nahm die Waffe zuerst in die Hand

und hat auf ihre Entscheidung gebrannt?

Spartakus!

Viethundert Tote in einer Reih.

Proletarier . . .

Karl, Rosa, Radek und Kumpanei —

Es ist keiner dabei, es ist keiner dabei,

Proletarier!

Das Gedicht tut mir heute leid. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren, wie ich später erfuhr, erstens in diesen Tagen nicht feig, sondern sehr tapfer gewesen; dann hatten sie den un-

Wirtschaft

Der Stand der Mark.

Die Mark stand am Wochenende nach einigen unerheblichen Schwankungen wieder etwas günstiger. Ein Bild der Entwicklung gibt die nachstehende Tabelle, die wie üblich, die letzten Kurse mit dem Jahresumrechnungskurs und dem ungünstigsten Stand des Vorjahres vergleicht. Es kosteten an der Berliner Börse:

	Preisumsatz- kurve	Umsatz- Stand 1920	8. Jan. 1921	12. Jan. 1921	17. Jan. 1921	22. Jan. 1921
100 holl. Gulden	170.—	4200.—	2822,85	2387,70	2047,95	1988.—
100 Schweiz. Fr.	80.—	1800.—	1133,85	1068,90	975.—	943,05
1 Dollar	4,20	103,25	74,43	68,18	62,43	60,18
100 österr. Kr.						
abgestempelt	85.—	89,50	17,08	14,73	11,48	15,99
100 schwed. Kr.	85.—	104.—	81,77	81,45	80,52	79,95

Es scheint also, daß die Gründe für eine günstigere Bewertung der Mark anhalten. Da nach amtlichen Schätzungen mindestens für 70 Milliarden Mark deutsches Papiergeld und für weitere 25 Milliarden deutsche Wertpapiere sich im Ausland befinden, können die Kurse durch das Angebot von Mark im Ausland leicht beeinflusst werden. Das tritt regelmäßig ein, wenn ein besonderer Anlaß vorliegt, gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands Zweifel zu hegen. Um so erbaulicher ist es, daß trotz der Verschärfung des Kurses in Frankreich und trotz der Antikindiana verschärfter Lieferungsbestimmungen durch den französischen Minister der zentralen Gebiete die Bewertung der Mark anhält. Es gewinnt somit den Anschein, als ob die Aktionen zur Förderung der Ausfuhr in den valutarischen Staaten greifbare Formen annehmen. In den Vereinigten Staaten ist vor einiger Zeit unter Führung des Senators Hoover ein Kreditinstitut geschaffen worden, das über 100 Millionen Dollar Kapital verfügt und seine Mittel durch Obligationen-Anleihen um das Fünffache erhöhen kann. Diese „Foreign Trade Financing Corporation“ (Bank zur Förderung des Außenhandels) will ihre Kredite allerdings beschränken auf Länder „ohne bolschewistische Tendenzen mit einer gesicherten Regierung“. Diese Bestimmung gibt Anlaß zu denken, als sie leicht dazu ausgenutzt werden kann gegen einen politisch unbedeutenden Schuldnerstaat später mit Kreditverweigerungen und Kündigungen vorzugehen. Vor der Wahl ob wir dargebotene Kredite nehmen wollen oder nicht, werden wir aber danach nicht fragen können. Außerdem sind noch in Amerika wie in England und in Holland, das schon im vorigen Jahre mit der Gewährung eines Kredites von 200 Millionen Gulden vorausgegangen ist, ähnliche Finanzierungsbemühungen im Gange. Länder mit schwacher Valuta sollen durch sie in die Lage versetzt werden, Waren am Weltmarkt zu kaufen ohne neues eigenes Geld auf den Devisenmarkt zu werfen. Für Deutschland kommen sie aber reichlich spät, da die dringendste Rohstoffnot nachgelassen hat. Es ist fast eine Ironie, daß die Siegerstaaten die Notwendigkeit der Kreditgewährung erst einsehen, als sie nicht mehr können, wie sie ihre Warenvorräte abstoßen wollten.

Zur Beurteilung der Wirkungen der Valutabewegung auf die deutsche Produktion muß man im Auge behalten, daß eine rapide Aufwärtsbewegung des Marktkurses nicht einmal erwünscht sein kann. Die Krise, die wir im vorigen Jahre in der Textil-, Leder- und einigen Zuckerindustrien erlebt haben, ging ja in der Hauptsache darauf zurück, daß, während die Kaufkraft im Inland geschwächt war, sich plötzlich der Auslandsmarkt der deutschen Produktion verschloß, weil die hochgetriebenen Preise infolge der Valutabewertung über den Weltmarktpreisen lagen. Das trat ein, obwohl die Löhne ebenso wie die Kohlenpreise im Inland bedeutend niedriger waren als im Ausland. Daraus geht weiterhin hervor: Erstens, daß das profitabelste Unternehmertum in der sechsjährigen Periode der Kriegs- und Revolutionsgewinne es völlig verlernt hatte, sich auf die Konkurrenzfähigkeit und auf die Qualitätsproduktion einzustellen, obwohl es damals unter

günstigeren Produktions- und Abgabebedingungen arbeiten konnte als der ausländische Konkurrent. Zweitens aber, daß die Kosten dieser Preisbewegung immer wieder auf den Arbeiter zurückfielen, der, wenn die Ware nicht verkauft wurde, mit verkürzter Arbeitszeit und verfrühtem Lohn arbeiten mußte oder aber seine Arbeit fand. Es ist immer dieselbe Geschichte, die die Menschheit kennen mußte, seit es einen wissenschaftlichen Sozialismus gibt: Der Kapitalismus stellt seine Produktion auf den Markt ein; steht dieser aus, findet die Ware Abfall, so wird ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf drauflos produziert, bis die Kaufkraft mit den Preisen nicht mehr Schritt hält oder bis der Markt mit Warenmassen, die nicht verbraucht werden können, überflutet ist. Dann ruht der Verteilungsapparat, die Werte liegen still, bis sich unter schweren Opfern der betroffenen Arbeiterschaft eine neue Marktlage herausgebildet hat.

Die Gefahren, die von einer plötzlichen Besserung der Valuta drohen, werden durch ihre Vorteile nicht ausgeglichen. Zu den Vorteilen gehört, daß Auslandslebensmittel — wie wir es jetzt bei Margarine, Schmalz, Futtermitteln und Kolonialwaren erleben — im Preise sinken. Man darf aber dabei nicht übersehen, daß der Grundstoff unserer Ernährung, das Getreide, im Ausland immer noch viel teurer ist als im Inland. Woher um Woche rechnet das die Preisberichterstattung des Deutschen Landwirtschaftersverbandes den deutschen Landwirten vor, um sie so zu erhöhten Preisforderungen anzureizen. Der Untertrieb, der bei Regen mit Frucht rund 2500 M pro Tonne beträgt und der durch die Verbilligungszuschüsse des Reichs aufgebracht wird, ist so groß, daß er selbst durch eine Valutabewertung wie die im letzten Jahre, die den Preis des Dollars bis auf 81 Mark sinken ließ, nicht auszugleichen werden kann. Und so lange das nicht der Fall ist, bestehen auch keine Aussichten für eine wirklich spürbare Verbilligung der Lebenshaltung, zumal ja die deutschen Landwirte, beunruhigt durch die laßige Handhabung der Landwirtschaft, ihre Preise noch heraufzuheben streben, anstatt die Preisentwicklung für die übrigen Waren abzuwarten.

Darum ist die Stetigkeit, die der Stand der Mark in den letzten Tagen aufwies, nur zu begrüßen. Eine allmähliche Besserung wird für Deutschland vorteilhaft sein — eine sprunghafte Veränderung die Abhängigkeitsverhältnisse am Weltmarkt, die durch die internationale Krise geschaffen wurden.

Eisenbahnteile in Amerika. Die während des Krieges ausgeübte schwache Kontrolle der amerikanischen in Briand'scher Richtung Eisenbahnen wurde bereits von dem Präsidenten Wilson aufgehoben. Seitdem ist jedoch, wie die „Federated Press“ aus Washington meldet, der völlige moralische und wirtschaftliche Bankrott des Privateigentums an den Eisenbahnen zutage getreten. In den sogenannten New-England-Staaten der Union, in denen sich die ökonomische Krise zuerst bemerkbar machte, sind die Eisenbahngesellschaften kaum noch in der Lage, die Unterhaltungskosten ihrer Linien für das gegenwärtige Geschäftsjahr zu zahlen. Je mehr aber die Krise westwärts schreitet und das ganze Land umfaßt, desto mehr gewinnt aber der vom Senator Plumb der Regierung gemachte und darum nach ihm genannte Plan zur Nationalisierung der Eisenbahnen an Bedeutung und Popularität. Über während selbst die Eisenbahngesellschaften angesichts der Gefahr, mit den bereits ruinierten Gesellschaften unter die Räder zu kommen, dem Plane erhöhte Aufmerksamkeit schenken, lauscht der Kontrahent unter dem Druck der ihm beeinflussenden Advokaten und Bankiers dem Streite zwischen den Kohlenbergwerksbesitzern und den Kohlenarab'händlern, die sich darüber zerren, wer von ihnen die größeren Profite an den Eisenbahnen und dem großen Publikum machen soll.

Für die Bewirtschaftung des Auslandgetreides wurden im Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung folgende Grundzüge aufgestellt: Das Reich nimmt durch Reichsbesetz die Zentralisation der Einfuhr für das gesamte Auslandgetreide (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais), ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck, in die Hand. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wird eine zentrale Reichsverwaltung für Getreide gebildet, die sich bei ihrer Tätigkeit ausschließlich nach kaufmännischen Gesichtspunkten richtet und den freien Handel mit her-

anzieht. Maßgebend für diesen Vorschlag war die Überlegung, daß die Sicherstellung der notwendigen Einfuhr von 3 Millionen Tonnen Getreide unbedingt erfolgen müsse, dem freien Handel aber infolge des damit verbundenen hohen Risikos nicht überlassen werden könne. — Ein Antrag des Freiherrn v. Richtigshofen, die Zwangsverteilung für Kartoffelfertigfabrikate beschleunigt aufzuheben, wurde gegen die Stimmen eines Teils der landwirtschaftlichen Vertreter abgelehnt.

Weitere Abnahme des Notenumlaufs. Der Ausweis der Reichsbank vom 15. Januar zeigt für die zweite Januarwoche ein verhältnismäßig günstiges Bild. An Banknoten und Darlehnskassenscheinen zusammen lehrten diesmal 1710,6 Millionen Mark in die Kassen der Bank zurück, nachdem bereits in der ersten Januarwoche eine Abnahme des Umlaufs von 1025,3 Millionen Mark ausgewiesen worden war. Der Banknotenumsatz verminderte sich um 1429,7 Millionen Mark auf 66 546,7 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 280,9 Millionen Mark auf 11 555,7 Millionen Mark.

Der 28. Brandenburgische Sparkassentag. Vor kurzem fand im Charlottenburger Rathaus der 28. Brandenburgische Sparkassentag statt, an dem Vertreter der Aufsichtsbehörden, der kommunalen Giroverbände und der Sparkassen der Provinz Brandenburg in großer Zahl teilnahmen. In der Besprechung des Geschäftsberichts wurde betont, daß die Sparkassen keine Konkurrenzunternehmungen der Banken seien, daß sie aber zur Deckung ihrer eigenen Unkosten gewinnbringende Geschäfte betreiben müßten, wobei Banken und Sparkassen friedlich nebeneinander existieren könnten. Aus dem Bericht über die Geschäftsergebnisse für das Jahr 1919 ging hervor, daß die Einlagen der Brandenburgischen Sparkassen sich von 2000 Millionen auf 2581 Millionen, mithin um 581 Millionen vermehrt haben. An Zinsen sind den Sparguthaben allein 77 Millionen im Jahreseschluß zugeschrieben worden. An Sparbüchern waren 2 047 605 Stück im Umlauf. Bemerkenswert war ferner, daß 125 Millionen Mark Hypothekensumme zurückgezahlt worden ist. Der Umlauf im Scheck- und Ueberweisungsverkehr betrug fast 3 1/2 Milliarden.

Forschungsinstitut der Lederindustrie. Es wurde ein Kuratorium aus Regierungsvertretern, Wissenschaftlern, Mitgliedern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Industriellen für das Forschungsinstitut der Lederindustrie gebildet. Seine Gründung dürfte durch die Zuzugung der Einzahler zum Sicherungsfonds der früheren Kriegsgüter-Aktiengesellschaft finanziell gesichert sein.

Ein Reichsverband der Pfasterstein- und Schotterindustrie. Der hessische Landesverband der deutschen Pfasterstein- und Schotterindustrie hat sich zu einem Reichsverband und der deutschen Pfasterstein-Schotterindustrie e. V. erweitert. Es ist dies kein neues Syndikat, sondern — wie es in der Einleitung heißt — eine Vereinigung, die in enger Fühlungnahme mit den Staats- u. Behörden zu dem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens beitragen will.

Gesellschaftlicher Bergwerks-K. G. Bei der jetzt zum Stimmkonzern gehörigen Gesellschaften Bergwerks-Aktiengesellschaft befristet für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 30. September 1920 der Rohgewinn 48,09 Millionen Mark gegen 36,6 Millionen Mark im ganzen Jahre 1918/19, woraus 35 Millionen Mark zu Abschreibungen und wohlthätigen Zwecken verwendet und 9 Prozent Dividende gezahlt werden. Entgegen der allgemeinen Meinung zu hohen Dividenden beschränkt sich also dieses Unternehmen auf den bei dem hohen Rohgewinn niedrigen Satz. Offenbar sollen die großen Reserven für die weiteren Trustbestrebungen des Kohlenkönigs nutzbar gemacht werden.

Fabrik Kollerer Drähte zu elektrischen Zwecken (vormals C. S. Babel Telegraphendraht-Fabrik) Aktiengesellschaft. Die Generalversammlung genehmigte den vorgelegten Jahresabschluss und setzte die Dividende auf 25 Prozent und den Bonus auf 10 Prozent fest. Sodann wurde einstimmig beschlossen, das Kapital der Gesellschaft um 11 500 000 Mark Stammaktien und 3 Millionen Mark Aktien mit Nachem Stimmrecht zu erhöhen.

Inventur-Ausverkauf

Aus den großen Vorräten unseres Reservelagers haben wir unsere Läden nochmals in umfangreicher Weise gefüllt. Die Auswahl ist eine so bedeutende und die Preise sind so fabelhaft billig, daß eine günstigere Gelegenheit zum Kauf von guten Schuhwaren nicht so bald wiederkehrt.

Unsere Schaufenster zeigen klar und deutlich, wie billig wir sind!

Winter-Artikel
und Damen-Tanzschuhe
Extra billig

Stiller

Rest-Bestände
und Gelegenheitsposten
Extra billig

Konsum-Genossenschaft
Berlin und Umgegend
e. G. m. b. H.

Prima Schweineschmalz Pfd. 13⁵⁰
Mk.

Prima Tafelmargarine 12⁷⁵

frische Landeier 50ck Mk. 2⁴⁰ und 2³⁰

Nudeln von 65 Prozent Auslands-Weizenmehl (markenfrei) Pfund Mk. 7²⁰

Bayer. Ochsenfleisch 2-Pfund-Blocke Mk. 20⁰⁰

Sichenbrennholz
p. Rmtr. 130.— Kleinen p. Rmtr. 135.— frei Keller.
offenfertig zerklüftet, liefert sofort.

Holz- u. Kohlenhandl. Hans Wilhelm Schlesische Straße 33/34
Kpl. 14542

Raucherdank!!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilw. einzustellen. Wirk. verb. blühend. Auskultums.
Vors. San.-Artik. Gg. Engbrecht, München R 6, Kapuzinerstr. 9

Das selbsttätige

Persil
gibt blendend weiße Wäsche.
ersetzt die Rasenbleiche.
macht Wollwäsche locker und griffig.
schont und erhält die Wäsche
spart Zeit, Arbeit, Seife und Kohlen.
wäscht schnell, billig und gut!

Waschmittel

Königliche Fabrikanten: NENKEL & CIE., DÖSSELDORF.

Ein **anal**
das nie erreicht, sind Ferdinand Lassalle Werke, Fr. Diederich hat in seinem so eben erschienenen Lassalle-Brevier in wundervoll. Auswahl u. Gruppierung das Beste aus Lassalle's Lebenswerk zusammengestellt. Das Buch ist zum Preise von Mk. 9,50 u. 10% zu haben in der Buchhdlg. Vorwärts Berlin, Lindenstr. 2

Zeiß-Feldstecher
6- und 8fach taucht Mikroskop
W. Steckelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Bilg. 2256)

Kein Loewe-Generalstreik.

Die am Mittwoch in der Versammlung der Gewerkschaftsvertreter, Betriebsobmänner usw. begonnene Debatte über die Stellung der Berliner Arbeiterschaft zum Fall Loewe und zur Bekämpfung der Not der Arbeitslosen wurde in einer zweiten Versammlung derselben Körperschaften fortgesetzt, die am Sonnabendmittag in der Bodbrauerei tagte.

Die sehr ausgedehnte Debatte bewegte sich vorwiegend in allgemeinen Erörterungen zwischen Kommunisten auf der einen und Sozialdemokraten beider Richtungen auf der anderen Seite. Wie wir in unserem Bericht über die vorige Versammlung mitteilen, lagen zwei Resolutionen vor. Eine von der Gewerkschaftskommission, welche die Erledigung des Konflikts bei Loewe durch die Organisationen und die Angelegenheit der Neufälliger Notstandsarbeiter durch Verhandlungen empfiehlt. Eine Resolution der kommunistischen Betriebsräte will den Konflikt bei Loewe, wenn ein Ultimatum an die Firma nicht hilft,

mit dem Generalstreik beantworten.

Für den Fall, daß die Resolution der Kommunisten angenommen werden sollte, beantragte Emil Barth, daß im Generalstreik von keiner Seite Unterstützung gezahlt und, da infolge des Herunterreichens der Gewerkschaften das Vertrauen zu einer gewerkschaftlichen Streikleitung untergraben sei, die Leitung des Generalstreiks der K.P.D. zu übertragen.

Da mehrere kommunistische Redner ihre bekannten Tiraden vorgelesen hatten, ging Sabath von der Gewerkschaftskommission den Kommunisten scharf zu Leibe. Den offenen Brief der kommunistischen Parteileitung an die Parteien und Gewerkschaften bezeichnete der Redner als gemeingefährliche Demagogie. Der Ton, der in der „Roten Fahne“ angeschlagen wird, ist genau derselbe, der aus der antisemitischen Heppresse herausklingt. Das ist nicht der Ton, mit dem man in Arbeiterkreisen Anklang finden kann. Die meisten Kommunisten sind feige Waschweiber, die gar nicht daran denken, das auszuführen, was sie mit dem Munde fordern. Ein Generalstreik aus Anlaß des Falls Loewe würde

ein Streik der Generale

sein, aber nicht ein Streik der Massen. (Beifälliger Beifall.)

Neumann (Kommunist) forderte in einer längeren Rede wiederholt den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse. Aber zu seiner Partei scheint er nicht das Vertrauen zu haben, daß sie einen solchen Kampf führen oder die Massen dafür mobil machen kann, denn er verlangte von der Gewerkschaftskommission, sie solle die Massen zum Kampf aufrufen und den Kampf organisieren. Die Kommunisten würden dem Rufe folgen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Emil Barth: Wer geht die Arbeiter zu Einzeltämpfen auf, wer handelt entweder aus Dummheit oder aus Gewissenlosigkeit. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der Fall Loewe zu betrachten. Die große Aktion zur vollen Durchführung des Sozialismus muß geistig vorbereitet werden. Der Redner wandte sich scharf gegen die Kommunisten und hielt ihnen vor, wie gewissenlos sie handeln, wenn sie jetzt den Kampf verlangen, aber die Führung desselben und die Verantwortung für ihn ablehnen. In der gegenwärtigen Situation müsse damit gerechnet werden, daß es bei einer Aktion, wie sie die Kommunisten wollen, zu Blutvergießen kommt. Diejenigen, durch deren Verantwortungslosigkeit solches Unglück herbeigeführt werde, wollten wohl an dem allge-

meinen Elend ihre Portcujuppe kochen und in Ermangelung anderen Heizmaterials

die Glut mit Proletarierleichen schüren.

Diese Äußerung beantworteten die Kommunisten mit ungeheurem, minutenlangem Lärm und Drohungen gegen Barth, der schließlich erklärte, er habe niemand beleidigen wollen und weder bestimmte Personen noch eine bestimmte Partei gemeint. — Hierauf konnte Barth sein Schlusswort ungehindert beenden.

Die Resolution der Gewerkschaftskommission

wurde mit 555 gegen 327 Stimmen angenommen. Sie lautet:

In Anbetracht der wirtschaftlichen Not, des sozialen Elends und der relativen Schwäche des Proletariats, was in der täglich sich steigenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, in dem unfaßlichen Kinderelend und ungeheuerlichen Wassersterben und in der selber vorhandenen Zerrissenheit des Proletariats seinen Ausdruck findet,

beschließt die Versammlung der Betriebsräte-Obleute, Obleute der Großbetriebe, Gewerkschaftsvorstände, der Gewerkschaftskommission, des Ortsrats der K.P.D. und der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale:

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, die Gewerkschaftskommission und die Orts-K.P.D. werden beauftragt, sich sofort mit der Reichs-Betriebsrätezentrale, dem K.D.B. und der K.P.A. in Verbindung zu setzen, um zu erreichen:

I. Zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosen- und Kurzarbeiternot, sowie des Kinderelends ist im ganzen Reiche eine einheitliche Agitation zu entfalten, um

Die Resolution der Gewerkschaftskommission bei einer 70prozentigen Entschädigung für die gekürzten Stunden, sowie die Schulpflicht der Kinder der Unbemittelten, in einheitlicher machtvoller Aktion zu erreichen.

II. Darüber hinaus verpflichten die Versammelten die oben genannten Körperschaften, gemeinsam die Propaganda und Agitation für

die großen Sozialisierungsaktionen einzusetzen, in denen das Gesamtproletariat die Erkenntnis finden muß, daß nur der Sozialismus es vor dem völligen Untergang bewahren kann und in der Aktion selbst jeder einzelne bereit sein muß, alles, selbst das Leben, mit freudigster Begeisterung zu opfern.

III. Die Versammelten fordern von allen in den Gewerkschaften die Disziplin, welche die politischen Parteien in ihrem Rahmen fordern.

IV. Im Falle Loewe und anderer ähnlich gelagerter Fälle beklunden die Versammelten den Kämpfenden ihre Sympathie, fordern jedoch von ihnen, in Gemeinschaft mit ihren Organisationen die Streikfälle zu regeln, um der unter I genannten Aktion zu dienen.

V. Im Falle der Notstandsarbeiter beauftragen sie die oben genannten örtlichen Körperschaften, sofort mit dem Magistrat Berlin zu verhandeln.

Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen sollen die Notstandsarbeiter voll beschäftigt bleiben, wobei es als selbstverständlich angesehen wird, daß dann die Neufälliger Notstandsarbeiter sich der

von diesen Körperschaften empfohlenen Regelung im Interesse der Forderungen zu 1 fügen.

Der endgültige Schiedspruch.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin trat Sonnabend erneut in der Angelegenheit der Firma Ludwig Loewe zusammen. Nach längeren Verhandlungen, in denen die Vertreter der Arbeiterschaft und der Firma ihren Standpunkt darlegten, zog sich der Schlichtungsausschuß zur Beratung zurück und kam zu folgendem Schiedspruch:

Der Schlichtungsausschuß hält seine vermittelnde Tätigkeit für beendet. Er sieht nach wie vor grundsätzlich auf dem Boden des Vergleichsverschlages vom 14. d. M. und hält danach die Erledigung des Streits wie folgt geboten:

Die Firma stellt den Betrieb sobald wie möglich, spätestens innerhalb einer Woche, mit der früheren Belegschaft wieder her. Jedoch ist sie nicht verpflichtet, Arbeiter wieder einzustellen, die ausdrücklich zur Nichtbefolgung von Anordnungen der Betriebsleitung aufgefordert oder Täuschungen oder Bedrohungen gegen die Betriebsleitung oder deren Vertreter begangen, oder Arbeitsgenossen durch Täuschungen oder Bedrohungen von der Arbeit abgehalten haben. Im einzelnen Streitfälle entscheidet der Schlichtungsausschuß, vor dem die bisherigen Verhandlungen geführt wurden, sofern sich nicht beide Teile über ein anderes Schiedsgericht einigen.

Briefkasten der Redaktion.

D. V. St. Jorel „Die sexuelle Frage“ (Weltausgabe), Preis etwa 10 M. — R. 100. 1. Das Wohnungsamt. Vielleicht ist es Ihnen möglich, auf dem Wege des Tausches in den Besitz einer geliebten Wohnung zu gelangen. 2. Ein Verkauf von ungenutzten Militärflecken findet überhaupt nicht statt. — W. S. 12. Der Harmond kann eine höhere Summe Geldes fordern. Unseres Wissens ist eine Forderung des Gehaltsanspruches auch in Polen zulässig. — W. S. 977. 1a. Ja. 1b. Ja. 1c. Unter Umständen ja. Durch Auslieferung. — Z. L. 133. Bis 30. Juni 1930. — 161. Werden Sie sich an den Deutschen Eisenbahner-Verband (Abt. Buchenblum), Berlin, Neue Friedländerstraße 79. — W. S. 30. Zweifelt. Legen Sie Einspruch ein. — R. R. 88. Rechts. — W. S. 24. Ja. — W. R. 85. Werden Sie sich nochmals an das Reichswehrministerium. Wir glauben nicht, daß Sie etwas erreichen werden.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenshautschuh
5 Jahre schriftl. Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Katvani, Danziger Straße 1.

Der große
Inventur-Räumungs-Ausverkauf
bei dem seit 31 Jahren bestehenden Kaufhause
Singer & Co., Chausseestr. 61-62
bietet eine außergewöhnliche Gelegenheit
zu enorm billigen Einkäufen.

Reinwollene Kleiderstoffe, 125 cm breit, marine, bisher 50 M.	jetzt Mtr. 29.— M.
Schwere Kostümstoffe, doppeltbreit, neue Farben, bisher 45 M.	jetzt Mtr. 24.— M.
Gestrelte Blusenstoffe, gute Qualitäten, bisher bis 30 M.	jetzt Mtr. 16.— M.
Karierte Plaid-Stoffe, doppeltbreit, bisher bis 30 M.	jetzt Mtr. 19.50 M.
Bestickte Batists, 115 cm breit, bisher 39.50 M.	jetzt durchweg Mtr. 9.75 M.
Reinwollene Kostümstoffe, 130 cm breit, neueste Farben, bisher 50 M.	jetzt Mtr. 44.50 M.
Reinwollene Duchesse, Messaline, Paillette, Taft, doppeltbreit, bisher bis 100 M.	jetzt Mtr. 65.— M.
Hemdentuche, bisher 14.50 M.	jetzt Mtr. 9.75 M.
Blusenblende, 60 cm breit, neue Muster, jetzt Mtr. 12.75 M.	

Bedeutende Lagerbestände fertiger Konfektion, Wäsche, Waschtische, Leinen- und Baumwollwaren, Gardinen, Strümpfe usw. zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen



Infolge des Regenwetters der letzten Tage war es vielen unserer Kunden unmöglich zu uns zu kommen, um in unserem Saison-Ausverkauf zu bedeutend ermäßigten Preisen einzukaufen — Auf vielseitiges Verlangen haben wir uns daher entschlossen, den Verkauf bis Freitag den 28. Januar zu verlängern.

Ganz besonders billige Preise für Reste aus den bisherigen Verkaufstagen.

Richels Leipziger Straße 43/44

